

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 26 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 1,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 0,10 Mk. für den Monat. Postbeholdung: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechanchluss: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 16. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 3,- Mk.

Die Stoßtruppe der schlesischen Junker.

Neue Enthüllungen. — „Arbeitsgemeinschaft Kofsbach“. — Die produktive Erwerbslosenfürsorge des „Schlesischen Landbundes“. — Die Industriellen beginnen sich zu beteiligen. — Weißgardisten als Spitzel in Betrieben. Eine Schranke.

Der „Schlesische Landbund“ erwiderte auf unsere Enthüllungen über seine Verbindung mit der Orgefa in einer Erklärung, daß seine Sitzungen sehr harmlos seien und sich zum Beispiel mit „produktiver Erwerbslosenfürsorge“ beschäftigen. Wir waren schon vor kurzem in der Lage, durch Enthüllungen über die Verteilung von Weißgardisten auf den Gütern der Junker in Mecklenburg und Pommern das Wesen dieser „produktiven Erwerbslosenfürsorge“ zu kennzeichnen. Jetzt hat uns ein glücklicher Zufall in den Besitz genauer Angaben über die Organisation solcher Formationen in Schlesien gebracht.

Für die Wahrheit der unten gemachten Angaben haben sich diejenigen, die uns das Material überlieferten, unter schriftlich verpflichtet, und sich unter Angabe weiterer Zeugen bereit erklärt, alle angeführten Dinge vor Gericht zu beweisen. Dem uns überlieferten Material wollen wir noch folgendes vorausschicken: Bei der Arbeitsgemeinschaft „Kofsbach“ und den ähnlichen Organisationen handelt es sich offenbar um Terrortruppen innerhalb der Orgefa.

Dieses über das platte Land verstreuten Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften fällt die Aufgabe zu, sich den Einwohnerwehren im Falle eines Falles sofort als militärische Leitung und Kerntruppe zur Verfügung zu stellen, ferner schon jetzt, wie z. B. aus Bayern gemeldet wurde, die Einwohnerwehren zu überwachen und sie anzulösen und der Waffen zu berauben, wenn sie etwa schlapp oder sozialdemokratisch versucht werden sollten. Den Junkern, die einen Teil der Kosten für diese Terrortruppe tragen, stehen die Leute gleichzeitig als Streitsprecher und Knüttelgarde gegen die Landarbeiter zur Verfügung. Neuerdings versucht man auch, wie aus dem gelieferten Bericht hervorgeht, die Großindustriellen zur Finanzierung dieser Orgefaorganisation heranzuziehen, indem man ihnen als Gegenleistung Weißgardisten für Spitzeldienste in den Fabriken in der Stellung von Portiers usw. anbietet.

Die „Arbeitsgemeinschaft Kofsbach“.

Ihre Reichsorganisation.

Die Zentrale der „Arbeitsgemeinschaft Kofsbach“ befindet sich in Berlin-Wannsee, Otto-Grichstr. 10 in der Villa der Frau Kofsbach. Leiter ist der Leutnant und Führer des ehemaligen Sturmabteilung Kofsbach, Gerhard Kofsbach. Ihnen zur Seite stehen in Berlin die Leutnants a. D. Bark und Richter.

Die Arbeitsgemeinschaft sieht ihr Arbeitsfeld in ganz Deutschland. Sie ist eingeteilt in die Gauen Pommern und Mecklenburg, und seit dem 1. Januar 1921 wird Schlesien organisiert. Im Kreise Breslau sind auf den Gütern bisher etwa 200 Mann untergebracht. Die Organisation befindet sich hier noch im Aufbau und ständig werden neue Leute eingeführt.

Die Zentrale für Schlesien befindet sich in Breslau. Leiter der Zentrale Breslau ist der Leutnant a. D., F. W. Michael, Reudorfstr. 99, bei seiner Mutter wohnend. Auch die Leutnants Schulz, Walter, sowie der ehemalige russische Leutnant Karl Beckmann wohnen bei ihm.

In jedem Kreise ist außer dem militärischen auch noch ein Zivilleiter vorhanden, der die Verbindung mit der Großindustrie und dem Großgrundbesitz herzustellen und aufrecht zu erhalten hat.

Glogan in Vorbereitung.

Mit der Organisation des Kreises Glogan beschäftigt sich insbesondere Leutnant Schulz. Außerdem betätigt sich dort sehr rege Rittermeister von Winterfeld in Neuschütz. Weitere Kreise Schlesiens sollen in Angriff genommen werden.

Ein Fehlschlag.

Im Kreise Trebnitz haben Oberleutnant v. Schweinichen, Pawelczyk, und Graf von Rhodern, Simsdorf, Angehörige der Abteilung Tschode die Arbeit aufgenommen. Die Sache aber gescheitert, nachdem Hauptmann Tschode verhaftet wurde und die Leute eingesehen haben, daß sie doch nur

als Arbeitstiere benutzt werden. Die Abteilung Tschode war eine Formation der Eisernen Division.

In Ostpreußen wird angefangen.

In Ostpreußen soll auch eine Filiale der Arbeitsgemeinschaft Kofsbach organisiert werden. Die Organisation befindet sich erst im Anfangsstadium. Die Werbestelle für Ostpreußen befindet sich in Königsberg und wird von einem Leutnant Bindemann geleitet.

Die Pflichten der Landknechte.

Die geworbenen Leute müssen sich verpflichten, der technischen Nothilfe beizutreten, nicht zu streiken und auf streikende Arbeiter zu schießen.

Leutnant Michael in Breslau drückt das so aus, diese Schweinhunde, die nicht arbeiten wollen, müssen rücksichtslos niedergeschossen werden. Dann fragt er jedesmal bei Neueinstellungen, ob der Betreffende auch nicht linksradikal oder Angehöriger einer sozialdemokratischen Partei sei. Solche Leute können wir nicht gebrauchen.

Folgendes Schema müssen alle Mannschaften bei der Einstellung unterschreiben:

Verpflichtungsschema.

1. Ich trete der Arbeitsgemeinschaft Kofsbach e. V. bei und verpflichte mich:

- a) zur Erfüllung und Anerkennung der Satzungen,
- b) zu taktvollen Benehmen und Achtung gegenüber meinem früheren militärischen Vorgesetzten und Arbeitgebern,
- c) zu fester treuer Kameradschaft,
- d) zu pflichtbewusster Arbeit zu Gunsten der Gemeinschaft.

2. Ich erkläre, soweit ich nicht Mitglied des S. L. B. bin, 14 tägige Kündigungsfrist beiderseits an.

3. Mir ist bekannt, daß ich bei unehrenhafter Führung, hanezunder Faulheit und moralischer Untauglichkeit sofort ohne Kündigung entlassen werden kann.

4. Ich erkenne an, daß ich, falls ich ohne Kündigung und ohne Erlaubnis der Leitung meine Arbeitsstelle oder die Arbeitsgemeinschaft verlasse, eine Strafe von 300 Mark zu zahlen, für deren Aufbringung ich hafte.

5. Ich will mit meiner ganzen Kraft dazu beitragen, das Ehrenschild der Arbeitsgemeinschaft rein zu halten und zu arbeiten für das Wohl meines lieben deutschen Vaterlandes.

(Unterschrift).

Als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft müssen die Leute monatlich 15 Mark Mitgliedsbeitrag bezahlen.

Die Mannschaften erhalten dann eine Mitgliedskarte, die so aussieht:



Der „Organisationsbefehl“.

Von der Zentrale Berlin erscheint allwöchentlich ein Nachrichtenblatt, das „Organisationsbefehl“ heißt und jedem Kreisorganisator per Einschreibebrief zugeht. Der Befehl geht dahin, daß die Blätter sofort nach Kenntniserlangung des Inhalts zu vernichten sind. Unser Gewährsmann hatte Gel-gewandheit, da er in unmittelbarer Nähe des Leutnants Michael tätig war, in einzelne Blätter Einblick zu bekommen.

*) Soldaten-Treue-Bund.

Dabei bekam er Meldungen zu Gesicht, in denen Vorgänge in der russischen Sowjetbotschaft in Berlin, Unter den Linden 11, besprochen wurden; wann ein Landarbeiterstreik oder andere Streiks zu befürchten seien. In einem der letzten Nachrichtenblätter stand, daß Ende Februar d. J. ein Landarbeiterstreik in ganz Deutschland zu erwarten sei. Bei diesen „Organisationsbefehlen“ spielen also offenbar gut oder schlecht erfundene Spitzelberichte eine große Rolle.

Die Verteilung der Leute auf die Güter.

Auf jedem Gute liegen ein ehemaliger Unteroffizier und 8 Mann (Korporalschaft). Mehrere Güter sind einem Leutnant (Abschnittsleiter) unterstellt. Außerdem kommen auf jedes Gut 2 „Feldwächter“ und 2 „Reservefeldwächter“, die ständig mit Waffen ausgerüstet sind. Die Waffen für die übrigen Leute sind versteckt, aber jederzeit greifbar.

Die Rittergutsbesitzer haben sich verpflichtet, eine jährliche Umlage von 550.- Mark pro Mann zu zahlen. Die Leute bekommen 300.- Mark und freie Station. Man die Landarbeiter nicht aufzureizen, wird ihnen zum Schein der tarifmäßige Lohn ausbezahlt und die Differenz zwischen dem Lohn und 300 Mark als sogenannte Treuprämie. Die Offiziere bekommen 800 Mark monatlich bei freier Station.

Eine Schranke.

Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Kofsbach ist noch ein besonderer Bund geschaffen worden, in den nur ganz wenige ausgelesene Leute aufgenommen werden. Dieser Bund heißt Soldaten-Treue-Bund (S.T.B.). Er ist eine Schranke innerhalb der Arbeitsgemeinschaft und eine Spitzelorganisation. Die ihr angehörenden Leute verrichten Spitzeldienste und haben außerdem die Aufgabe, Leute innerhalb oder außerhalb der Arbeitsgemeinschaft Kofsbach, die zu viel wissen, aus dem Leben zu befertigen.

Bekannt für dieses Nordhandwerk sind insbesondere der Feldwebel Otto und der Sergeant Gause. Diese beiden sind vor kurzer Zeit aus Pommern nach Schlesien gekommen. Leutnant Michael sagte bei dieser Gelegenheit zu unserem Gewährsmann, daß diese beiden gut seien. Sie hätten sich schon im Greifenhagen Landarbeiterstreik gut bewährt. Auf nähere Fragen äußerte Leutnant Michael, daß Otto und Gause schon wiederholt in Pommern unbehagliche Leute beseitigt hätten, z. B. bei Ferdinandstein auf dem Gute des Oberförsters a. D. Bodungen. Dort haben Otto und Gause einen Landarbeiter, der sie beim Landrat wegen Besitz von Schusswaffen anzeigen wollte, in den Fluß geworfen, worin er umkam.

Solche Handlungen werden nur auf Befehl der Kreisleiter ausgeführt.

Einzelheiten aus dem Kreise Schlesien.

Freiwillige Propagandisten.

Nege Propaganda für die Arbeitsgemeinschaft Kofsbach in Schlesien betreiben Hauptmann von Delfen-Fätschlowitz und Rittermeister Fedor von Heydenbrand u. d. Laja-Rassabel.

Der Herr „Zivilleiter“.

Der Zivilleiter des Kreises Breslau ist der Oberleutnant a. D. von Johanna in Bischof a. D. Dieser hat die Aufgabe, die Verbindung mit den zivilen Organisationen (Schlesischer Landbund, Banken, industriellen Organisationen usw.) aufrecht zu erhalten.

Die kasernierten Güter im Kreise Breslau.

Der Kreis Breslau ist eingeteilt in Abschnitt „West“ und „Ost“. Abschnitt „West“ wird von Abschnittsleiter Leutnant Hoffmann, Gniewitz b. Puschkowa, geleitet. Bis heute liegen Gruppen der Arbeitsgemeinschaft Kofsbach im Abschnitt „West“ auf den Gütern Puschkowa (Zerowel Dönic), Domslan (Autofz. Ebert), Gniewitz (Autofz. Herda), Bischof a. D. (Feldw. Banka), Schiedlagwitz (Autofz. Kutschera), Gniewitz (Feldw. Böhm), Puschwitz (Serat. Gause), Wirrwitz (Autofz. Ramn). Der Abschnitt „Ost“ steht unter der Leitung des Leutnants Baasch in Hothfärben. In ihm gehören folgende

Güter: Kreika (Sergl. Schra), Groß-Nadlig (Seldw. Cantan), Krichen (Uff. Dietrich), Jäschowik (Sergl. Wil- luhn), Liebethal (Seldw. Eke), Schönbankwik (Seldw. Lauber), Rothfärben (Uff. Snid), Bettlern (Uff. Anels), Grunau (Uff. Lange), Peltschüg (Uff. Hausmann), Magnis (Uff. Gezer), Koppine (Seldw. Otto), Wasserjentsch (Uff. Schneider), Schönborn (Uff. Porth).

Die Besitzer dieser Güter sind u. a. Hauptmann v. Oeffen in Jäschowik, Oberleutnant Lieres in Grunau, Rittmeister Lieres in Koppine, Rittmeister von Neumann in Wirrwik, Rittmeister von Nachrich in Puschkowa, Regierungsrat von Schönberg in Wasserjentsch, Oberleutnant a. D. von Johnsohn in Bichowik a. B.

Orgesch und Arbeitsgemeinschaft Hofsbad.
Die Arbeitsgemeinschaft Hofsbad arbeitet mit der Orgesch Hand in Hand und wird von dieser auch finanziell unterstützt. Die Arbeitsgemeinschaft Hofsbad in Schlesien steht in unmittelbarer Verbindung mit dem Leiter der Orgesch, Generalleutnant a. D. Rehbel, bei Professor Koch wohnend (Telefon Ring 914).

Besonders enge Verbindung besteht in Schlesien mit dem „Schlesischen Landbund“, der dazu Stellung genommen und beschlossen hat, die Sache unter dem Deckmantel „Produktive Erwerbslosenfürsorge“ zu unterstützen.

Die Verbindung mit den Großindustriellen.
Die Breslauer Zentrale der Arbeitsgemeinschaft Hofsbad steht in Verbindung mit den industriellen Organisationen Schlesiens. Sie sucht die Unternehmer für die Sache zu interessieren.

Augenblicklich ist man dabei, „zuverlässige“ Leute in die Fabriken als Wärtner und Handwerker zu setzen, hauptsächlich zunächst zur Verrichtung von Spindelarbeiten für die Unternehmer und die Orgesch. Der Versuch wird jetzt zuerst in den Zuckfabriken der Firma vom Rath, Schoeller und Ekene gemacht.

Leutnant Michael.

Er ist 25 Jahre alt. Er lebt und kleidet sich sehr gut, frühstückt fast täglich bei Hanen, trotzdem seine Mutter eine Lehrerin in und kein Vermögen besitzt und er angeblich nur 300 M. Gehalt bekommt. Das Orgeschhandwerk läßt also noch ein übriges abfallen. Setzgelage und Autofahrten sind an der Tagesordnung.

Arbeiter in Stadt und Land! Merkt ihr jetzt, was gebildet wird? Ganz klar geht aus dem Enthüllten hervor, daß sich die Mächtigsten der Gegenrevolution gegen das Proletariat richten, daß man mit allen Mitteln bis zum Nord einzeln und bequem in ein immer brutaleres Joch spannen will.

Die Land- und Industrieproletariat bekommen durch die von uns gebrachten Enthüllungen eine weitere Ergänzung ihrer Kenntnisse über die Mächtigsten der Gegenrevolution. Wie eine ungeheure Spinne, die ihr Netz überall ausspannt, die mit ihren Fingern in alle Ecken der Gesellschaft hineinreicht, so breitet sich die gegenrevolutionäre Organisation aus. Auf den Gütern der Junker, unter den Landarbeitern, hat sie sich schon lange festgesetzt, die Bauern und Bürger sind mobilisiert, in die Fabriken schleicht man sich, wie die unten gemachten Angaben und die Vorfälle im Mansfelder Industriegebiet beweisen, jetzt hinein, und in die Häuser des Proletariats wird man auch noch versuchen einzudringen, keine Spione hinzuzusetzen, um, wenn die Zeit gekommen ist, wie in Ungarn mit Nord und Ostschlag in den Arbeitervierteln zu wüten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte in Stadt und Land! Dieser Tatbestand genügt für jeden Menschen, der seine fünf Sinne beisammen hat, schon allein um zu erkennen, wie lächerlich der Glaube an eine Ueberwindung der Gegenrevolution auf parlamentarischem Wege, durch Dekrete einer sozialistischen Regierung ist, den sozialdemokratischen Führer in der Presse und den Versammlungen immer noch verbreiten. Diese ausgebaute Organisation rücksichtsloser Gegenrevolutionäre kann nur durch das Proletariat selbst für immer zerstört werden. Dazu gehört, daß die Arbeiter auf dem Lande und die Arbeiter in der Stadt in geschlossener Front den Kampf gegen die Gegenrevolution aufnehmen.

Die Arbeiter auf dem Lande müssen die Junker mit allen ihren weißgardistischen Banditen von den Gütern jagen, ihnen die Waffen nehmen und mit den Waffen ihr Leben und die ererbten Güter gegen neue Angriffe der Gegenrevolutionäre verteidigen. Die Arbeiter in der Stadt müssen gleichzeitig die Unternehmer, die Reichswehr und die Gendarmenwehr zu Haaren jagen und mit den Waffen, die sie diesen abgenommen haben, die Revolution verteidigen. Das ist die einzige Möglichkeit einer Entschärfung der Orgesch, das ist die einzige Rettung vor der Gefahr, daß die sich liberal einschleichende Orgesch das Proletariat in Zerschlagung führt, ihm das Blut bis auf die Knochen ansaugt und dazu noch wie ein Hund prügelt.

Darum auf, Genossen, formiert die Einheitsfront zum Kampf gegen die Orgesch, gegen Not und Elend, für die Befreiung des Proletariats zur Sicherung des Grabes.

Rumänische Note an Russland.

Moskau, 12. Februar.

Der rumänische Außenminister Take Ionescu hat an die Sowjetregierung folgenden Zuspruch geschickt: „Wir bekräftigen den Empfang des russischen Rabies vom 7. Februar. Wir sind mit Beval als Ort für die Verhandlungen einverstanden, da der russische Delegierte in Beval als Bevollmächtigter ist. Der Name des rumänischen Bevollmächtigten wird sofort nach seiner Ernennung mitgeteilt werden.“

**Die Preußenwahlen
für den vor der Tür.**

Am 20. Februar finden die Wahlen statt. Die bürgerlichen Parteien, voran die Deutschnationalen, haben eine kapitalistische Einheitsfront gebildet und sind gewillt, mit Hilfe der Orgesch die schlimmste Reaktion wieder einzuführen, wenn es ihnen gelingt, bei den Wahlen die Mehrheit zu erlangen. Diese Gesellschaft hat den Krieg heraufbeschworen, hat Ströme von Blut im Kriege vergossen und das unendliche Elend der Gegenwart dadurch verschuldet. Arbeiter, denkt daran! Denkt an die Toten im Kriege!

Arbeiter, denkt daran, daß die Führer der Rechtssozialisten als feile Diener der Kapitalisten in Berlin, im Rheinland und in München das Blut von tausenden Proletariern, die für die Ideale des Sozialismus kämpften, vergossen haben.

**Arbeiter denkt daran, wenn Ihr
am 20. die Stimme abgebt.**

Denkt auch daran, mit welchem Hohne die rechtssozialistische Presse und Parteileitung den Offenen Brief der DKPD., der das Proletariat zur Einigung aufrief, verspottet haben. Denkt daran, wie die Hilferdinge und Crispiene, die ganzen unabhängigen Führer, jeden Versuch des Proletariats, eine geschlossene Aktion für seine Befreiung zu unternehmen, in hinterlistigster Weise vereitelt haben, und wie sie auch jetzt alles daran setzen, um die Einigung des Proletariats auf den Grundlagen des Offenen Briefes zu verhindern.

Denkt daran, daß unter der Regierung der rechtssozialistischen Führer sich die Orgesch gebildet hat, die Euch niederknütteln will. Denkt auch daran, daß die im Banne der Kapitalisten stehenden Rechtssozialisten durch ihre Handlungen Not und Elend gebracht haben. Vergleicht die Handlungen der Rechtssozialisten und der unabhängigen Führer mit denen der Kommunisten. Vergleicht die Forderungen, die die Kommunisten erheben, mit denen der Sozialpatrioten und Scheinsozialisten! Tut dies recht sorgfältig! Wir wissen, welche Partei Ihr dann am 20. Februar wählen müßt. Sorgt eifrig unter Euren Kollegen in der Arbeitsstätte, in den landwirtschaftlichen Betrieben und unter den Arbeitslosen für Aufklärung. Die Kommunistische Partei betrügt Euch nicht mit der läugerischen Versprechung, daß durch Stimmzettel Eure Lage verbessert werden kann. Sie sagt Euch frei und offen: Befreien könnt Ihr Euch nur selbst. Darum haßt die Bourgeoisie die Kommunisten am meisten. Der Haß der Bourgeoisie ist der Beweis, daß die einzige Partei, die in Wahrheit für die Interessen des Proletariats eintritt, die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands ist.

**Seht daher am 20. Februar Eure
Stimme der DKPD.**

Der Stimmzettel für die Wahlen zum Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreisstag sieht so aus:

Preussischer Landtag
Provinz
Kreis
Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands

Die kommende Betriebsrätewahl.

K. B. Anfang Februar hat der Rat der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Kassa zu den bevorstehenden Neuwahlen der Betriebsräte Stellung genommen. Die Wahlen sollen, soweit Neuwahlen erforderlich sind, an einem noch zu bestimmenden Tage im März stattfinden.

Die ersten nach dem Betriebsrätegesetz gewählten Betriebsräte müssen jetzt also sterben. Sterbestunden sind Stunden der Rechenschaft.

Was haben die ersten gesetzlichen Betriebsräte im Großen und Ganzen geleistet? Es wird wahrscheinlich keinen Arbeiter geben, der ihnen dafür ein Loblied singen wird. Unter der Oberleitung der Gewerkschaftsbürokratie haben sich die meisten Betriebsräte in dem verflossenen Jahre ihrer Tätigkeit tatsächlich zu Betriebsräten entwickelt, wie sie das Betriebsrätegesetz dem Unternehmertum verschrieben hat. Statt zu stürmischen Durchbrechern des Betriebsrätegesetzes im Interesse der Arbeiter, haben sich die meisten zu Hütern des entsprechend den Profitinteressen der Unternehmer geschaffenen Betriebsrätegesetzes gemacht. Oft haben sie mitgeholfen, wenn der Unternehmer unbehagliche „Feger“ aus dem Betriebe entfernen wollte. Oft haben sie, statt es auf den Kampf ankommen zu lassen, Bestimmungen untergeschrieben, die die Freizügigkeit der Belegschaft einschränken und ihre Ausbeutung durch die Unternehmer verschärfen. Nicht selten sind der Vorstand des Betriebsrates die vom Unternehmer meistgeliebten Leute, statt, wie es bei einem Betriebsrat, der wirklich die Interessen seiner Wähler vertritt, sein müßte, der vom Unternehmer bestgehaßte Mann im Betriebe zu sein.

Das alles geschah unter dem Segen der rechtssozialistischen und unabhängigen Gewerkschaftsbürokratie. Desto überraschender muß es für einen in die Verratsmethoden der Gewerkschaftsbürokraten nicht eingeweihten Arbeiter sein, wenn er das äußerst radikal klingende Wahlprogramm dieser Gewerkschaftsführer für die kommenden Neuwahlen der Betriebsräte liest. Zunächst wird darin gesagt, daß die Wahlen nach Möglichkeit an einem örtlich zu vereinbarenden Tage im Monat März stattfinden sollen. Es wird verlangt, daß die Gewerkschaftskollegen einheitliche Listen der freien Gewerkschaften in jedem Betriebe aufstellen, und jeder Versuch, nach „engen Partigruppierungen“ mit getrennten Listen vorzugehen, soll zurückgewiesen werden. Weiterhin wird gesagt:

„Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:
für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,
für die Kontrolle der Produktion und die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,
für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet ist, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugelassen worden ist, und
für die Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.“

Das klingt sehr radikal, nicht wahr! Produktionskontrolle, Sozialisierung des Kohlenbergbaues, Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über die Grenzen des Betriebsrätegesetzes hinaus, kurz, alles was das Herz eines revolutionären Arbeiters verlangt. Fragt sich nur, ob das Programm ehrlich gemeint ist, ob man gewillt ist, es ohne Rücksicht auf die kapitalistische Ordnung mit allen Mitteln durchzusetzen. Und da hapert. Schon in diesen Tagen, kaum nachdem das obige Programm bekannt geworden ist, hat einer der ihren, der frühere Gewerkschaftsführer August Müller, Staatssekretär a. D., in der Deutschen Allgemeinen Zeitung“ die radikale Muske von dem Wahlprogramm seiner Kollegen in den Zentralleitungen des ADGB und der Kassa heruntergerissen. Er schreibt dort über das Wahlprogramm:

„Wahlprogramme werden immer auf lange Sicht entworfen und müssen umso weiter gehende Forderungen enthalten, je mehr mit der Tatsache zu rechnen ist, daß man den Kampf um die Wahlbestimmungen mit einer Organisation führen muß, die im Kampfe von Forderungen so beherrschend ist, wie die kommunistische Rätezentrale. Immerhin darf man diesem Programm gegenüber doch darauf hinweisen, daß Artikel 4 und 5 des Pariser Abkommens der Entente die Durchführung der Sozialisierung in Deutschland wenn nicht unmöglich machen, so doch erheblich erschweren.“

Diese dankenswerten Ausführungen des rechtssozialistischen Führers Dr. August Müller zeigen mit aller wünschenswerten Klarheit, welche Bedeutung dem Wahlprogramm der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten beizumessen ist. August Müller sagt ganz offen, daß es Versprechungen „auf lange Sicht“, d. h. auf den St. Kimmereinstag sind. Ganz klar wird angedeutet, daß das Wahlprogramm nur radikale Phrasen sind, dazu bestimmt, die Stimmen von Wählern einzufangen, die sonst für die Kommunisten mit ihren ähnlich lautenden aber ehrlich gemeinten Forderungen stimmen würden. August Müller führt auch gleich eine der Ausreden an, die die Gewerkschaftsbürokraten gebrauchen werden, wenn sie von den Arbeitern über die Durchführung des Wahlprogramms zur Rechenschaft gezogen werden sollten, er weist auf das Pariser Abkommen hin, daß die Sozialisierung in Deutschland wenn nicht unmöglich machen, so doch erschweren werde.

Damit ist das Wahlprogramm der verräterischen Gewerkschaftsführer als eine gemeine Beschwindelung der Arbeiter in den Betrieben entlarvt worden. Die Aufgabe unserer Genossen ist es nun, den Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften diesen Schwindel als solchen zu denutzieren. Diesen Wahlprogrammen der Gewerkschaftsbürokraten setzen wir das Aktionsprogramm des Offenen Briefes entgegen, befehlen von dem ehrlichen Willen, auf seiner Grundlage die Arbeitermassen zu einer geschlossenen Kampffront zu formieren und ohne Rücksicht auf die kapitalistische Profitordnung den Kampf um die Durchführung des Programms aufzugeben.

Darum müssen in allen Betrieben kommunistische Listen zu den Betriebsrätewahlen aufgestellt werden. Die Arbeiter in den Betrieben müssen, wenn sie nicht wieder betrogen werden wollen, für die Betriebsrätewahlen auf die Listen der freien Arbeiter und Angestellten-Gewerkschaften kommunistische Kandidaten setzen.

Donnerstag, abends 7 Uhr, in allen Distrikten Distrikts-Versammlungen.

Alle Genossinnen und Genossen müssen an diesem Abend erscheinen.

Politische Uebersicht.

Aktive Hilfe für Sowjet-Rußland!

Ein englischer Munitionsdampfer im Kanal angehalten.

In der Nacht vom 3. auf den 4. Februar erschien im Kanal bei Brunsbüttelkoog der frühere deutsche 8000-Tonnen-Dampfer „Franz Dahl“ unter englischer Flagge und mit englischer Besatzung, um den Kanal in Richtung Kiel zu passieren. Unseren am Kanal beschäftigten Genossen fiel es auf, daß der Dampfer auf seinem Deck Automobile stehen hatte, und sie erkundigten sich bei der Besatzung nach der Ladung des Dampfers. Unverkümmert gab die Besatzung zu, und unsere Genossen stellten es darauf auch zweifellos fest, daß der Dampfer bis über den Kanal mit Munition beladen war. Ziel der Reise war D a r z i g! Da stand es für unsere Genossen fest, daß der Dampfer auf diesem Wege — durch den Kanal — sein Ziel nicht erreichen würde, und durch Energie und Entschlossenheit, mit der sie bei der Kanalbehörde auf Umkehr des Schiffes drangen, erreichten sie es, daß der Dampfer noch in derselben Nacht bekehren und den Kanal wieder verlassen mußte.

Die Existenz Sowjet-Rußlands ist allen kapitalistischen Raubstaaten ein dauernder Pfeil im Fleische und nichts bemühende die Kapitalisten aller Länder mehr als die Atempause, die sich unsere russischen Brüder jetzt — wir wissen es — nur für eine kurze Zeit verschafft haben, in der russische Arbeiter und Bauern mit der größten Intensität die Grundlagen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung legen. Und so schaffen und weben denn die Agenten und Helfershelfer der Entente bereits wieder an allen Ecken und Enden, um, wenn das Frühjahr gekommen, von neuem militärisch gegen den russischen Arbeiter- und Bauernstaat loszuschlagen zu können. Wieder wird wahrscheinlich der Basall der Entente, Polen, das wirtschaftlich nicht leben und sterben kann, die Operationsbasis bilden. Zu Wasser und zu Lande versorgt heute bereits die Entente Polen mit allen militärischen Mitteln und nur zu diesem Zweck war auch der Dampfer „Franz Dahl“ unterwegs. Deutsche Proletarier aber sollen ihre Hand zur Bekämpfung ihrer russischen Klassengenossen, sollen ihr eigenes Grab schaufeln, indem sie Arm in Arm mit den Entente-Kapitalisten Sowjet-Rußland zu Fall bringen. Das werden deutsche Arbeiter nie und nimmermehr tun. Wie die Tat der Erfurter Arbeiter im Herbst vorigen Jahres, als sie Munition aus einem der sog. Polonazüge in die Luft sprengten, immer ein leuchtendes Beispiel brüderlicher Solidarität bleiben wird, so mögen sich die deutschen Arbeiter auch an der Energie unserer Genossen jetzt in Brunsbüttelkoog ein Beispiel nehmen. Unsere Genossen dort taten nichts als ihre Pflicht gegenüber ihren russischen Brüdern. Solidarität das war für sie nicht die „Neutralität“ der Simons-Fehrenbach-Regierung und ihrer Helfershelfer, der Sozialverräter Scheidemann, Hilferding, Dittmann und Konforten. Merkt es euch, Arbeiter!

Unsere Genossen und alle Arbeiter am Kanal, wie auch alle Eisenbahner Deutschlands fordern wir auf, mehr denn je scharfes Augenmerk auf alle auch nur im geringsten verdächtigen Transporte zu haben.

Wer lacht da nicht?

Das „Berliner Tageblatt“ meldet:

Der Reichskommissar für die Entwaffnung, Dr. Peters, der Ende dieser Woche nach München kommen soll, wird sich mit der Regierung Rahr und dem bayerischen Landeskommissar für die Entwaffnung, Ministerialrat Nork, ins Einvernehmen über die Maßnahmen setzen, die für die gesetzliche Durchführung der Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen zu treffen sind. Da die Landesbehörden verfassungsgemäß zur Durchführung reichsgesetzlicher Bestimmungen verpflichtet sind, und das Ministerium Rahr in seiner Antwortnote an die Reichsregierung diese Verpflichtung ausdrücklich für sich anerkennt, so ist zu erwarten, daß die bayerische Regierung unter Wahrung ihres grundsätzlichen Einspruchs die ihr unterstellten Vollzugsorgane im Sinne des Entwaffnungsgesetzes anweisen wird.

Also man erwartet, daß die Vollzugsorgane der bayerischen Regierung — die Polizei, Gemeindebehörden usw. — die Einwohnerwehren entwaffnen und auflösen. . . . Daß heißt den Teufel mit Belzebub austreiben, denn diese Behörden sind der Kern der Einwohnerwehren.

Dadurch wird natürlich keine Einwohnerwehr aufgelöst werden, außer vielleicht einigen, die sozialistisch verfaßt sind. Man wird nur so tun, als täte man etwas, um die Entente und das deutsche Proletariat zu täuschen.

Man werden sozialdemokratische Führer sagen, das läge daran, daß die Sozialdemokratie im bayerischen und deutschen Parlament nicht die Mehrheit hätten. Ach nein, daran liegt es nicht. Wir weisen diese Herrschaften auf die Lage in Mecklenburg hin. Dort ist seit ein paar Monaten eine rein sozialistische Regierung, die sich auf eine sozialistische Mehrheit im Landesparlament stützt. Diese Regierung hat auch vor kurzem die Auflösung der Ortschaft in Mecklenburg durch die Gemeindebehörden und Polizei angeordnet, aber nichts wurde erreicht, weil diese Behörden, die selbst der Ortschaft an sich er, einfach die Anordnungen nicht ausführen. Das wurde selbst von einem bürgerlichen Blatt, dem „Berliner Tageblatt“, fest gestellt.

Es bleibt dabei, das Proletariat muß selbst auf den Plan treten und im Kampf den Ortschaften die Waffen aus den Händen winden — anders können die Einwohnerwehren nicht entwaffnet und aufgelöst werden.

Sowjetrußlands Handel mit Deutschland.

Die Vorgänge im Stettiner Hafen lenken die Aufmerksamkeit auf die deutschen Handelsbeziehungen mit Rußland. Ist auch der Handelsverkehr infolge der wahnwitzigen Politik der deutschen Regierung noch relativ gering, so werden doch immerhin schon größere Posten Waren angekauft. Nach zuverlässigen Quellen betrug der Ankauf von Mai bis Dezember 1920 insgesamt 321,1 Millionen Mark, davon:

Maschinen und Maschinenteile	138,1	Mill. M.
Chemikalien	18,1	„
Elektrotechnische Artikel	27,5	„
Kleidungsstücke für Kriegsgefangene	117,0	„
Automobile	7,6	„
Druckereimaschinen	5,2	„
Schreibutensilien	7,8	„

Eine Bestellung auf Lokomotiven und Ersatzteile wird nach Erledigung einiger Formalitäten auf 1000 Lokomotiven jährlich erweitert werden.

Arbeiter habt ihr Waffen?

Nein, die Junker und Studenten haben sie. Euch sind sie entzogen. Aus dem Kriege, den Ihr beendet habt, brachtet Ihr die Waffen mit, um Eure Freiheit zu verteidigen. Aber in blutigen Schlachten hat man sie Euch entzogen und Euren Ausbeutern ausgeliefert.

Arbeiter! Ihr seid die ungeheure Mehrheit des Volkes, und doch gelang es, Euch eure Waffen zu entziehen. Wie kam das wohl?

Die Milliardenlüge der Presse

hat in eure Reihen Verwirrung getragen. Im Kriege war sie das Lügeninstrument der herrschenden Klasse, um Euch im Blutrausch zu erhalten. In der Revolution war die bürgerliche Presse das Mittel der herrschenden Klasse, um Arbeiter auf Arbeiter zu setzen. Von allen den Betrugsmitteln, durch die die Ausbeuter die Massen des Volkes beherrschen, wie Kirche, Schule, Justiz usw., ist die Presse der größte Betrug. Die bürgerliche Presse ist unser Gegner. Aber noch ein gefährlicherer Gegner ist die sozialdemokratische Arbeiterpresse, denn am meisten wird die Arbeiterklasse bedroht vom

Feind im eigenen Lager.

Ein „Arbeitervertreter“ No s t e war es, der die weißen Banden bewaffnete und auf das Proletariat hegte. Die Zeitungen der SPD. und USPD. haben dem Proletariat vorgegeschwindelt, daß man die Bruderhand, die die russischen Arbeiter uns boten, zurückzuschlagen müsse, damit es den deutschen Arbeitern besser ergehe. Die sozialdemokratische Presse war es, die den Arbeitern vorzog, sie müßten der Bourgeoisie die Waffen ausliefern, um Frieden, Freiheit und Brot zu haben. Allein die Kommunisten hatten und haben den Mut, die Arbeiterschaft zum Kampf aufzurufen gegen die Bourgeoisie. Allein die kommunistische Presse nimmt rücksichtslos die Interessen des Proletariats wahr und nicht die Interessen der Bourgeoisie. Sie ist

ein scharfes Schwert

im Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Arbeiter! Wenn Ihr die Bourgeoisie bestegen wollt, müßt Ihr den kommunistischen Gedanken in jede Hülte tragen.

In jedes Haus

die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

In jedes Haus den kommunistischen Willen zur Tat! Hinaus aus jedem Arbeiterhaus mit den bürgerlichen Zeitungen, den feilen Dingen der Bourgeoisie. Hinaus mit den Zeitungen der rechtssozialistischen und unabhängigen Arbeiterverräter!

Werbt für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Die andauernden Schikanen, denen die Sowjetvertretung in Deutschland ausgesetzt ist, dürften sie jedoch kaum ermüden, ihre Bestellungen gerade hierher zu geben.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Sonntagsausgabe wieder mit viel Geschrei die Ausweisung von Viktor Kopp fordert, so beweist gerade die immerhin sehr große Ausfuhr Deutschlands nach Sowjetrußland, daß die deutsche Bourgeoisie zwar gern Geschäfte mit Rußland macht, aber doch immer wieder versucht, mit allerlei grusligen Märchen die Hege gegen Sowjetrußland weiter zu betreiben.

Die schweizerische Arbeiterchaft für Sowjetrußland.

Die am 5. Februar abgehaltene öffentliche Versammlung der Arbeiterunion Basel nahm folgende Resolution an:

„Die am 5. Februar 1921 versammelte Basler Arbeiterchaft fordert vom Bundesrat die ungekürzte und vollständige Wiederaufnahme sowohl der politischen als auch der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland.“

Angesichts der wirtschaftlichen Zerrüttung der Schweiz, die sich in der katastrophalen steigenden Arbeitslosigkeit äußert, protestiert die Basler Arbeiterchaft gegen die Machinationen des Bundesrates gegen Sowjetrußland.

Nur die offizielle Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland kann der wirtschaftlichen Not abhelfen. Dies steht aber die geregelte Wiederaufnahme gegenseitiger politischer und wirtschaftlicher Vertretungen voraus.

Die Basler Arbeiterchaft protestiert gegen die beabsichtigte Erlaubnis des Durchzugs fremder Truppen durch die Schweiz und sie protestiert wiederholt gegen jeden Transport von Kriegsmaterial.

Der Kampf um die Einheitsfront im DEB.

Die Berliner Generalversammlung für den Offenen Brief. — Die kommunistische Liste Schmidke mit 197 gegen 189 Stimmen gewählt. — Der Hauptvorstand provoziert.

Die Berliner Eisenbahner haben ein starkes Bekenntnis für die proletarische Einheitsfront und die Revolutionierung der Gewerkschaften abgelegt. In der Generalversammlung wurde mit großer Mehrheit

der Offene Brief als Aktionsgrundlage angenommen und eine kommunistische Ortsverwaltung mit 197 Delegiertenstimmen gewählt

gegen 189 Stimmen, die auf die Liste der alten Ortsverwaltung, aus SPD. und USPD.-Deuten bestehend, fielen. Die Delegiertengeneralversammlung hat aber auch etwas anderes allen organisierten Eisenbahnern deutlich demonstriert. Das Wicken für die proletarische Einheitsfront und die hierfür nötige Einstellung des DEB. stützt auf den entschlossenen Widerstand des Hauptvorstandes und der ihm ergebenen Instanzen.

Der Hauptvorstand des DEB. ist am Werke alle oppositionellen Ortsgruppen zu zerschlagen. Die schamlosen Provokationen in Köln, München, Essen, Erfurt, Jannau, Berlin usw. waren nur der Auftakt zur allgemeinen Offensive gegen alle Ortsgruppen, die „nicht auf dem Boden der Zweiten Internationale stehen“. Der Hauptvorsitzende Scheffel hat dies gestern mit wünschenswerter Klarheit in folgender Erklärung ausgesprochen:

„Im Namen des Hauptvorstandes fordere ich die alte Ortsverwaltung auf, ihre Ämter nicht niederzulegen, ehe der Hauptvorstand sie dazu auffordert. Die soeben vollzogene Wahl kann der Hauptvorstand nicht anerkennen. Abgesehen davon, daß sich an der Wahl solche Kollegen beteiligt haben, die wir auszuschießen gedenken, steht die soeben gewählte Ortsverwaltung nicht auf dem Boden der Statuten und der Verbandsbeschlüsse. Wir wollen nur Ortsverwaltungen, die auf dem Boden der Zweiten Internationale stehen und sind entschlossen den Kampf gegen alle anderen durchzuführen.“

Dieses planmäßige Vorgehen der Eisenbahner-Verbandsbürokratie gegen ganze Ortsgruppen unter dem Stichwort gegen die Kommunisten, geht parallel mit der schamlosen Sabotage aller notwendigen Existenzkämpfe der Eisenbahner. Die Erklärung Scheffels ist nur ein neuer Beweis dessen, daß der Hauptvorstand und die ihm ergebenen Instanzen bereit sind, alles zu tun, um ihre Selbstherrlichkeit weiter aufrecht zu erhalten und um den DEB. auch weiterhin ihrer arbeitgemeinschaftlichen Politik zu unterwerfen.

Eisenbahner!

Wollt ihr euch diese von Tag zu Tag frecheren Provokationen noch länger gefallen lassen? Erkennt ihr nicht ganz klar, daß diese Gesellen drauf und dran sind, eure Organisation zu zerschlagen, weil sie nicht fähig und gewillt sind, eure Existenzkämpfe, die eine immer zwingendere Notwendigkeit werden, einzuleiten und durchzuführen? Die schamlose Hege gegen die Kommunisten, die den DEB. so wie notwendig ausbauen wollen, ist ja nur ein allzu durchsichtiges Manöver des Hauptvorstandes, um eure Aufmerksamkeit, um euren Unwillen über seinen unerhörten Verrat an eurer letzten Bewegung von sich abzuwenden. Nehmt sofort in allen Ortsgruppen gegen die unerhörten Absichten des Hauptvorstandes Stellung. Um eurer selbst, um der Erhaltung und des Ausbaues eurer Organisation willen, dürft ihr keinen Tag länger säumen. Eure ganze Front muß sich gegen diese Bestreben der Arbeiterorganisationen erheben. Auf, ihr Eisenbahner! Schließt euch zusammen gegen den Verrat und die Provokationen eurer Instanzen! Gebt der deutschen Arbeiterschaft ein Beispiel, wie man mit solchen Gesellen abrechnet. Tragt sie unbarmherzig aus ihren Ämtern und aus euren Reihen.

Vorwärts! für die proletarische Einheitsfront!

Aus der Provinz.

Marltissa. Typische Beispiele der Verlogenheit hat wiederum das Subelblatt, genannt „Görlitzer Volkszeitung“, geliefert. „Kommunistenputz“ nennt sie den Vorgang im Fallperrenbau Goldentraum, wo die Arbeiter in begrifflicher Erregung über die ungerechtfertigte Maßregelung eines Kollegen gegen den Bauführer sich wandten und die geschlossene Türe erbrochen, hinter die sich derselbe zurückgezogen, um sich der Verhandlung zu entziehen. Den „Arbeitervertretern“ vom Schlage der „Görlitzer Volkszeitung“ war nach ihrer Angabe Angst um die angeblich vorhandenen 35 000 Mark Einnahmegerelder. Die 111 Kommunisten hätten sie sicher gefressen! Nicht 50, sondern 100—150 Arbeiter haben sich an dem „Kommunistenputz“ beteiligt und zwar auch brave Nachbarn aus eigener Initiative. Es wundert uns nicht, daß durch ihre Eigenwerbung die Ploten von der Konigsstraße, Görlitz, die Einheit der Arbeiter zu sabotieren suchen, weil man es bei diesen Gesellen nicht anders gewohnt ist. Sie frohlocken als fromme „Demokraten“: Die Staatsanwaltschaft hat sich bereits der Sache angenommen.

Dieselbe Zeitung schreibt: Marltissa. 28. Januar. Arbeiter Marltissas, geht auf! In der Regularbeiterversammlung am vorigen Donnerstag gebildete sich der kommunistische Kampf wie im, weil ihm das Wackeln überlassen ist, daß er bei der Wahl als Vorsitzender der Filiale Marltissa durch

gestanden war. Er hegte die Arbeiterkraft seines Betriebes gegen den bisherigen Vorposten und die Verbandsangehörigen... (Text continues with details of the factory's situation and the workers' struggle.)

Diese Darstellung ist ein plumper Schwindel, die die Kugel der Gewerkschaftsdirigenten um ihre fetten Posten ver... (Text continues with a critique of the union leadership.)

Ein Amts- und Gemeindevorsteher als „Beschützer der Armen“.

Kaiserswaldau, Kr. Hirschberg. Vor einigen Wochen haben zwei Jungen von neun und elf Jahren von ihrer Stiefmutter in Kaiserswaldau, Kreis Hirschberg, weg, um zu ihrem Vater, der in der Wollschleiferei arbeitet, zu gelangen... (Text continues with the story of the children's disappearance.)

hielt den jüngeren eng umschlungen, als wollte er ihn erwärmen. Die Aufregung über diese Sache ist darum auch im... (Text continues with a report on a crime or incident.)

Die Auffassung der Bourgeoisie über die Proletarierkinder spricht aus den Worten dieses „Herrn“. Er kann sich garnicht in die Seele eines Kindes hinein versetzen... (Text continues with a commentary on social conditions.)

Hier nützt kein reformieren, hier heißt es Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und seiner Sakeln in Form von Amts- und Gemeindevorstehern... (Text continues with a political statement.)

Lokales.

Breslau, den 16. Februar 1921. Zum Streit in der Herren- und Knabenkleiderkonfektion. Die Arbeitslöhne in der Zwischenkonfektionsindustrie richten sich nach festgelegten Kriterien... (Text continues with a report on a labor dispute.)

der Konfektion der Arbeitslohn eine untergeordnete Rolle spielt. Die Wirkung dieser Sätze ist aber noch weit krasser... (Text continues with an economic analysis.)

In der Bevölkerung bestehen vielfach Meinungsverschiedenheiten über die befreiten Firmen. Von dem Streit sind zunächst alle Konfektionsfirmen betroffen... (Text continues with a report on public opinion.)

Nützliche Bekanntmachungen. Die Stadtsteuerkasse erläßt eine öffentliche Mahnung im Angelegenheit... (Text continues with official notices.)

Versammlungskalender.

Sammelt für den Wahlfonds. Die Gegenrevolution arbeitet mit Düge und einem gefüllten Geldsack. Auf die Düge können wir verzichten... (Text continues with a call for political action.)

Stadttheater. Mittwoch 7 Uhr: Die Zauberkiste. Donnerstag 7 Uhr: Die Zauberkiste. Freitag 7 Uhr: Die Zauberkiste.

Achtung! Hier! Billig! Preiswert! Auch Einzahlungen! Jura, Leder, Stoffe, etc. (Advertisement for a shop or business.)

Restbestände der Inventur. Hier sind die Restbestände der Inventur... (Advertisement for a shop or business.)

Wiederverkäufer! Hier sind die Wiederverkäufer... (Advertisement for a shop or business.)

Brennholz frei Keller. ca 20 cm lange Kloben pro Rm 105.- M. (Advertisement for firewood.)

Genossen und Genossinnen. Verkauf billiger Strümpfe, Socken, Unterhemden, etc. (Advertisement for a shop or business.)

Lieblich-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Die Hofe von Stammal. (Advertisement for a theater.)

Rollerinnen. per sofort gesucht. Gebr. Nisché. (Advertisement for a business.)

Aschner. Hier sind die Aschner... (Advertisement for a shop or business.)

Frauen. Hier sind die Frauen... (Advertisement for a shop or business.)

M. Markus. Ausserst billig. Socken, Damen-Strümpfe, Kinder-Strümpfe, etc. (Advertisement for a shop or business.)

Sprechapparate. Schallplatten, etc. (Advertisement for a shop or business.)

Die Landarbeiter und die Wahlen.

Jetzt, wo die Wahlen zum Preussischen Landtag vor der Türe stehen, entdecken mit einem Male alle Parteien ihr gutes Herz für die Landarbeiter und versprechen ihnen das Blaue vom Himmel. Selbst die Deutschnationalen finden, daß es den Landarbeitern doch eigentlich recht schlecht ginge (schade, daß sie es nicht schon bei den Tarifverträgen merkten!), und daß, um ihre Lage zu bessern, sie deutschnational wählen müßten. Da ist es wohl an der Zeit für die Landarbeiter, sich zu überlegen, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollen.

Wie war es doch vor dem Kriege? Die Landarbeiter wurden von allen Arbeitern am meisten ausgebeutet und geknechtet. Jede politische Aufklärung hielt man von ihnen fern. Wenn die sozialdemokratischen Arbeitsbrüder aus der Stadt kamen, um für die Wahl bei ihren Klassengenossen auf dem Lande zu werben, hegten die Junker sie mit den Hundsn vom Hofe. Und wehe dem Landarbeiter, der bei der Wahl zum Preussischen Abgeordnetenhaus nicht einen schwarz-weiß-voten Stimmzettel in die Urne warf. Unsehbar wurde er brotlos gemacht und mit Weib und Kind auf die Straße gesetzt.

Es kam der Krieg. Die Landarbeiter mußten die Waffen ergreifen gegen ihre französischen und russischen Arbeitsbrüder, um die Güter ihrer Herren und den Profit der deutschen Kapitalisten zu retten. Aber der Krieg rüttelte die Landarbeiter auf. Sie kamen zusammen mit den Industriearbeitern und lernten ihre Ausbeuter hassen. Und schließlich, als das Maß der Leiden zu groß wurde, zerbrachen Land- und Industriearbeiter gemeinsam die Gewehre und beendeten durch ihre revolutionäre Tat die ungeheure Weltmegelei.

Nun glaubten die Landarbeiter, die Zeit der Freiheit wäre für sie angebrochen. Waren doch Sozialdemokraten an der Regierung, unabhängige und abhängige. War doch das gleiche Wahlrecht errungen und so vieles andere. Aber ach, es gab ein schnelles Erwachen für die Landproletarier. Dieselben Sozialdemokraten, die sich als die großen Befreier des Proletariats gebärdet hatten, begannen unter der Arbeiterschaft zu wüten. In vielen blutigen Schlachten schlugen sie gemeinsam mit der Bourgeoisie das Proletariat nieder. Die Waffen, die die Land- und Stadtarbeiter aus dem Kriege mitgebracht hatten, wurden ihren Händen entzogen und den Junkern ausgeliefert. Ein Sozialdemokrat, Noacke, war es, der diese Untaten vollbrachte. Die Landarbeiter mußten, daß im Osten, in Rußland, die Arbeiter und Bauern ihre Junker und Wutausdauer vertrieben hatten, um selber die Herrschaft in die Hand zu nehmen. Den russischen Brüdern wollten sie die Hand reichen. Und wer zerschneidete das Band, das die junge deutsche Republik der Arbeiter und Soldaten mit Rußland verband? Wiederrum waren es Sozialdemokraten, abhängige und unabhängige.

Man hatte den Landarbeitern gesagt, nur „Ruhe und Ordnung“ müsse in Deutschland herrschen, dann würde auch das Los der Landarbeiter gebessert werden. „Ordnung“ wurde mit Hilfe der Sozialdemokraten geschaffen: Viele tausend Proletarier drehten die Straßen. Die Kerker waren von revolutionären Arbeitern überfüllt, die Presse unterdrückt, Arbeiterversammlungen verboten. Und als die „Ordnung“ hergestellt war, ging es über die Landarbeiter her. Ein sozialdemokratischer Landwirtschaftsminister, Braun, herrschte in Preußen. Und jetzt, Landarbeiter, wie gut er Eure Interessen wahrnimmt! Hat man Euch nicht das Deputat gestürzt? Hat man nicht für Euch den Achtstundentag außer Kraft gesetzt? Hat man nicht, wenn Ihr in den Streit tratet, um für Euer Recht zu kämpfen, auf Euch Orgeisch, Sipo und Reichswehr gehezt? Und wie sieht es jetzt auf dem Lande aus? Unter dem sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister hat man die Zwangswirtschaft abgeschafft und den freien Wucher eingeführt, so daß die Arbeiterkinder in den Städten Hungers sterben. Ungezügelt können die Junker Ackerland in Viehweide verwandeln, um ihre Schiebergewinne zu vergrößern. Das sind die Erfolge von zwei Jahren sozialdemokratischer Landwirtschaftspolitik!

Aber einen Erfolg hat dieser sozialdemokratische Landwirtschaftsminister gehabt. Er hat den Landarbeitern in allen Teilen Deutschlands auf das Deutlichste gezeigt, daß weder ein roter noch ein gelber Stimmzettel ihre Lage im geringsten verändern kann. Er hat auf das Deutlichste bewiesen, daß die bürgerliche Demokratie, in der die Junker und Schieber herrschen, für die Landarbeiter nichts weiter übrig hat als die Hungerpeitsche und Sklavensesseln. Die Landarbeiter haben das sehr gut begriffen, und überall haben sie angefangen, selber in den Kampf zu treten. Die Landproletarier, die früher diejenige Schicht der Arbeiterklasse bildeten, die durch den fortgeschrittenen Betrug, den ihre Herren an ihnen verübten, am wenigsten von allen Arbeitern in der Lage waren, ihre Interessen wahrzunehmen — sie haben in gewaltigen Streiks in Pommern, Mecklenburg, Ostpreußen gezeigt, daß sie zu einem Bortrupp der revolutionären Arbeiterschaft geworden sind.

Die Kommunisten versprechen den Landarbeitern nicht, daß das Parlament ihnen Befreiung bringen werde oder auch nur den Versuch machen werde, ihre Lage zu bessern. Alle Gesetze, die den Junkern und Kapitalisten nicht passen, werden ja doch nicht von ihnen befolgt. Kämpfen sich die Junker etwa um das Betriebsrätegesetz? Nein, sie sagen: Ich bin Herr im Hause. Durchbrechen sie nicht Tarifverträge und haben sie sich nicht gegen das „Geiz“ bewehrt und ihre Güter in Zwangsbürgen der Orgeisch verwandelt? Die Arbeiterschaft wird nur diejenige Bortruppe bilden, die sie sich im harten Ringen von der Bourgeoisie trennen. Die Güter und Betriebe unter Kontrolle der Land- und Stadtarbeiter, die Waffen in den Händen des Proletariats — das sind die besten Garanten für das

Genossen! Arbeiter! Angestellte!

Wir stehen vor den Neuwahlen der Betriebsräte! Da heißt es alle Mann auf den Posten. Der deutschen Arbeiterklasse muß es klar werden, daß die in die Betriebsräte zu wählenden Vertreter unserer Klasse nicht nur die Vermittler und Schlichter in Differenzen zwischen einzelnen Arbeitern und Unternehmern sein dürfen, zu denen sie das Betriebsrätegesetz begraben will. Gewiß ist es notwendig, daß der Arbeiter auch in diesen kleinen Nöten einen Fürsprecher hat.

Heute steht aber mehr auf dem Spiel, viel mehr.

Die kapitalistische Wirtschaft kracht in allen Fugen. Das herrschende Wirtschaftssystem befindet sich in einem schleichenden Bankrott.

Seit Jahren tötet man das Proletariat, um den Kapitalismus zu retten!

Erst auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges, dann auf denen des kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Der Weltkrieg brachte als Ergebnis 16 Millionen Tote und eine zerstörte Wirtschaft. Der jetzige „Völkerriede“ bringt Deutschland eine jährliche Erhöhung der Sterblichkeitsziffer gegen die Vorkriegszeit um 1300 000. Die Wirtschaft wird nicht aufgebaut, sondern weiter vernichtet. Das Unternehmertum sabotiert die Produktion und ausverkauft die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Teuerung steigt.

Was tun die Gewerkschaften dagegen? Nichts!

Die Verbandsbürokraten sind unfähig, die Aufgaben zu erfüllen, die sie selbst als die ihrigen in der Arbeiterbewegung hinstellen. Sie führen die Arbeiter nicht im Kampfe um die Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen. Sie lassen die Arbeiter im Elend im Stich. Das gleiche ist zu sagen von der jetzigen Vertretung der Betriebsräte. Worin haben sie, große Gesen, aber für das Proletariat tun sie nichts. In Ohnmacht liegt die deutsche Arbeiterklasse!

Genossen!

In Eurer Hand steht es, Aenderung in diesen Zustand zu bringen. Die Arbeiterklasse kann frei werden, kann aus Not und Elend aufstehen, — wenn sie will. Der Wille zur Tat muß in ihr lebendig gemacht werden, damit sie die großen Probleme der Zeit lösen kann: Die Befreiung der Arbeiterklasse durch ihre eigene Kraft.

Den Sieg unserer Klasse über die Kapitalisten vorzubereiten, dient auch der Wahlkampf für die Betriebsräte und die Tätigkeit der Betriebsräte selbst. Der Kommunist als Betriebsrat kann und muß den Arbeitern ein brauchbarer Führer sein. Für ihn existieren die Zwirnsfäden der 106 Paragraphen des Betriebsrätegesetzes nicht. Ueber alles muß ihm gehen die Pflicht, den Interessen seiner Klasse zu dienen. Er kann dies nur, wenn er für die Revolutionierung aller Arbeiter tätig ist. Sein Beispiel bei der Vertretung von Arbeitern den Unternehmern gegenüber, sein Mut, seine Umsicht, seine Entschlossenheit wird ihm das Vertrauen der Arbeiter bringen.

Erst wenn das Vertrauen der Arbeiterklasse zum eigenen Befreiungswort wieder geweckt ist, wird es wieder vorwärts gehen.

Unsere Losungen im Wahlkampf sind eindeutig und klar. Unsere Tätigkeit in den Betriebsräten liegt im Rahmen unseres Aktionsprogramms.

Wir rufen auf zur Mobilisation der gesamten Arbeiterklasse für ihre unmittelbaren Lebensinteressen. Die Forderungen unseres Offenen Briefes sind die Grundlagen für unsere erste Tätigkeit. Wir müssen ihre zwingenden Gedankengänge in den Kopf des letzten Arbeiters einschmieren.

Die Reichsgewerkschaftszentrale der RABD.

Wohlergehen der Arbeiterklasse. Die Kommunisten, die durch das Vertrauen der Arbeiterschaft ins Parlament gewählt werden, werden nicht verstehen, die Interessen der Arbeiterklasse dort auf das Nachdrücklichste zu vertreten, ohne Rücksicht auf das Wohlergehen des bürgerlichen Staates, d. h. der Kapitalisten, wie es Unabhängige und Sozialdemokraten tun. Aber sie sagen den Proletariern, die ihnen ihre Stimme geben, das Parlament kann Euch nur betrogen, helfen und retten könnt Ihr Euch nur selber, indem Ihr die Bourgeoisie stürzt!

Nicht wie die anderen Parteien, sozialdemokratische und bürgerliche, beteiligt sich die kommunistische an der Wahl, indem sie schöne Versprechungen für die Zukunft macht, die doch nicht eingelöst werden. Sie sagt zu den Arbeitern: Wenn Ihr Eure Stimme den Kommunisten gebt, so bedeutet das ein Gelobnis zum Kampf gegen die Bourgeoisie. So bedeutet das, daß Ihr den Betrug durchschaut habt, den man an Euch mit dem Wahlrecht und dem ganzen „demokratischen“ Schwindel verübt. Heute ist Ostpreußen die stärkste Zwangsbürg der Reaktion in Deutschland. Die Güter, auf denen die Junker hausen, sind heute die Zwangsbürgen der Orgeisch. Aber die ostpreussischen Landarbeiter wissen, was sie zu tun haben. Sie wissen, daß es ihre Aufgabe ist, die Junker zu stürzen, und deshalb werden sie zum Gelobnis ihres Kampfwillens den Kommunisten ihre Stimme geben; und wenn sie zum Kampfe gerufen werden gegen die Reaktion, werden sie ihre Pflicht voll und ganz tun. Sie werden als Bortrupp der Revolution, den übermütigen Junkern die Hälse entgegen und auf den Junkersitzen, den Kämpfenden der Sklaverei, werden sie die rote Fahne der Revolution aufpflanzen.

Welcher Arbeiter wird nicht die Notwendigkeit der Durchführung einer gemeinsamen Aktion für die nachstehenden Forderungen verstehen, zu der wir die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die Parteien aufgefördert haben:

1. a) Einleitung von einheitslichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Verbindung der einzelnen Lohnkämpfe der Eisenbahner, Beamten und Bergleute, sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zur geschlossenen Aktion.
- b) Erhöhung aller Renten und Pensionen der Kriegsoffer, Rentner und Pensionäre entsprechend den geforderten Lohn- und Gehaltsfähigen.
- c) Einheitsliche Regelung der Arbeitslosenbezüge für das ganze Reich auf der Grundlage der Verdienste der Vollbeschäftigten. Belastung des Reiches mit der Unterstützung unter ausschließlicher Heranziehung des Kapitals für diese Zwecke. Kontrolle der Arbeitslosen durch besondere Arbeitslosenräte in Verbindung mit den Gewerkschaften.
2. Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, nämlich:
 - a) Abgabe verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und niederen Gehaltsempfänger (Rentenempfänger, Witwen, Waisengeldempfänger usw.) unter Heranziehung der Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte, Bereitstellung der Mittel dafür durch das Reich.
 - b) Sofortige Beschlagnahme aller zur Verfügung stehenden bewohnbaren Räume mit dem Recht nicht nur zwangsweiser Einquartierung, sondern auch zwangsweiser Ausquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen oder gar Häusern.
3. Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen:
 - a) Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Kohle, Düngemitteln durch die Betriebsräte, Wiederangabe aller stillgelegten Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen, Verteilung dieser so hergestellten Gegenstände nach den Grundsätzen zu 2a.
 - b) Kontrolle der Bestellung, der Ernte und des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Güter- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.
4. a) Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschußorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschußorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.
- b) Amnestie für alle Delikte, die aus politischen Motiven begangen wurden. Freilassung aller politischen Gefangenen.
- c) Aufhebung der bestehenden Streikverbote.
- d) Sofortige Aufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland.

Die Kommunisten stellen eigene Listen auf. Um unser Banner, um die Forderungen des Offenen Briefes und für ihre Durchführung sammeln wir alle Arbeiter, Angestellten und Beamten und sind gewiß, daß auf diesem Wege die Kommunisten bei der großen Mehrheit der Arbeiterklasse Verständnis und Teilnahme gewinnen werden.

Auf, an die Arbeit für unsere Ideen!
Auf, zur Vereinigung der Arbeiter in einer Front!
Nieder mit der Gleichgültigkeit!
Nieder mit den konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokraten und ihrer die Arbeiterbewegung zersplitternden Tätigkeit!

In jeder Fabrik, in jeder Werkstätte, in den Kontoren, in den Kaufhäusern und überall, wo Ausgebeutete in Knechtschaft fronen, müßt Ihr als Wecker und Kämpfer erscheinen!

Die Junker beugen das Wahlrecht.

Die „Rote Fahne“, Königsberg, schreibt:
 Jüngst wollte ein Königsberger Parteigenosse auf einem Gute des Grafen zu Dohna eine Wählerversammlung abhalten. Das gelang ihm jedoch nicht, und so versuchte er auf dem Kreuzwege Besbählen — Balmücken die Versammlung stattfinden zu lassen. Dieser Kreuzweg ist natürlich ein öffentlicher Platz. Nichtsdestoweniger erklärten sich der Graf und sein Inspektor die Landarbeiter, die vollzählig erschienen waren, auseinander zu jagen. Sie erklärten einfach, sie dulden keine Versammlung auf „ihrem“ Gelände. Dieses Auftreten des Junkers bedeutet eine glatte Beugung des Wahlrechts. Mit ihren Knüppeln, Reitpeitschen und Pferden verhindern sie Wählerversammlungen der kommunistischen Partei und agieren sie für die Deutschnationalen. Die Landarbeiter des Herrn Grafen müssen sich diesen Vorfällen merken, wenn der Herr Graf demnächst wieder eines seiner „Feste“ veranstalten wird, mit denen er die Landarbeiter in deutschnationalem Interesse besoffen machen will.

Die Beamten und die Wahlen.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:
 Volkstümlich rauschen die Flugblätter zur Fröhlichkeit mit ihrem auf den Stimmensang berechneten Inhalt ins Haus.
 Auch um die Stimmen der Beamten kühnt man. Welch einem Kaktus von Papier haben wir auszuhalten.
 Der Beamte steht dem Parlament eigentlich mißtrauisch gegenüber. Er gibt nichts mehr auf Versprechungen. Die Vorgänge im Reichstag bei den Besoldungsvorlagen haben

den Wert des Parlaments auch für die Beamten ins rechte Licht gerückt.

Die Gehälter stiegen um das 5-8fache, die Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse um das 10-, 20-, 30- und 40fache, eine gewaltige Verschlechterung der Lebenshaltung der Beamtenschaft mit sich bringend. Statt der notwendigen Lebensmittel kaufte der Beamte, besonders der mittlere Beamte, die für seinen Beruf notwendigen Kleidungsstücke. Die Kulturausgaben für die Kinder mußten unbedingt aufgebracht werden. Selber unterernährt, schickte er noch unterernährte Kinder in die Schule. Mühsam Erspartes, entwertet durch den Salustafel, ist zu Bettelstücken geworden.

Die Zusammensetzung der mittleren und unteren Beamtenschichten ist verschiedenartig; sie trennen sich in Zivil- und Militärbeamte. Die mittleren Beamten aus dem Zivilstande entstammen dem Kleinbürgertum und stellen höhere Lebensansprüche. Der Militärbeamte, zumeist aus dem Arbeiterstande kommend, durch militärischen Drill geformt, war stets anspruchsloser als sein Zivilkollege. Die Gegensätze dieser Schichten wirkten sich in ihren Organisationsformen zu beiderseitigem Nachteil aus. Unter sich sind beide Schichten gespalten in zahllose Schichtgruppen und -gruppen, die zu einem Kampf der Gruppen untereinander und zur organisatorischen Zersplitterung voneinander führten, zum Besten der nationären höchsten Beamten.

Geschickt verstanden Regierung und Parlament allen Kämpfen der Beamten das Genick zu brechen, indem sie die Front der Beamten weiter spaltete, indem sie oben bewilligte und unten kürzte. Die beamtensyndikale Mehrheit des Reichstages wußte ein weiteres Gegenmittel, nicht etwa die Erhöhung des Existenzminimums, sondern das Streikverbot. Nicht allein das Streikverbot sondern auch das Sperrgesetz zeigen den Weg, den die Reichsregierung zur Tilgung der Reichsschulden gehen will.

Die Wahltag bringend den Beamten wieder die vielen Versprechungen der Parteien und der Regierung. Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 bedeuteten die Stärkung des bürgerlichen Elements. Der Dank an die Wähler bestand in der Verabschiedung des Gesetzes über den 10prozentigen Steuerabzug, kaum 14 Tage nach den Wahlen, am 25. Juni 1920. Die gegenwärtig stark entfaltete Wahlpropaganda spiegelt den Massen einen Preisrückgang für Lebensmittel und Bedarfsartikel vor. Nach den Wahlen wird der Kohlenpreis erhöht, werden die realen Steuern eingetrieben werden und neue Steuerentwürfe die Parlamente beschäftigen. Der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens wird dann beginnen mit der Beseitigung des Achtstundentages, mit Sozialfürsorgen und weiteren Massnahmen, auch bei den Beamten und Diakonen, und die Alliierten werden darüber gewissenhaft die Kontrolle übernehmen. Die heutige Bourgeoisie befindet sich in der Zange der Entente, und wenn sie beide leben wollen, muß das deutsche Proletariat sterben. 15 Millionen Menschen sind nach Prof. von Gruber's Rechenzettel zuviel, da werden die Totengräber nicht arbeitslos sein.

Die deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter haben die Aufgabe, um sich vor der weiterreichenden Vereitelung zu retten, den Kampf gegen die mit der Entente verbündete Orgeß-Bourgeoisie aufzunehmen. Dazu genügt nicht die Abgabe eines Stimmzettels am Wahltag, nur revolutionäre Klarheit der Massen kann den Kopf- und Handarbeitern Hilfe bringen.

„Der Verantwortung für die Tat steht gegenüber die Verantwortung für die Untätigkeit.“
Karl Liebknecht, Jena 1905.

Die Schicksalsstunde.

Ein Glück, daß die Kräfte, die noch bestehen, jedenfalls wirksamer Schicksalschwebern nicht werden können. Bei den vielen Schicksalsstunden, vor denen die verschiedenen Parteien stehen, müßte sie es sonst schon längst sein.

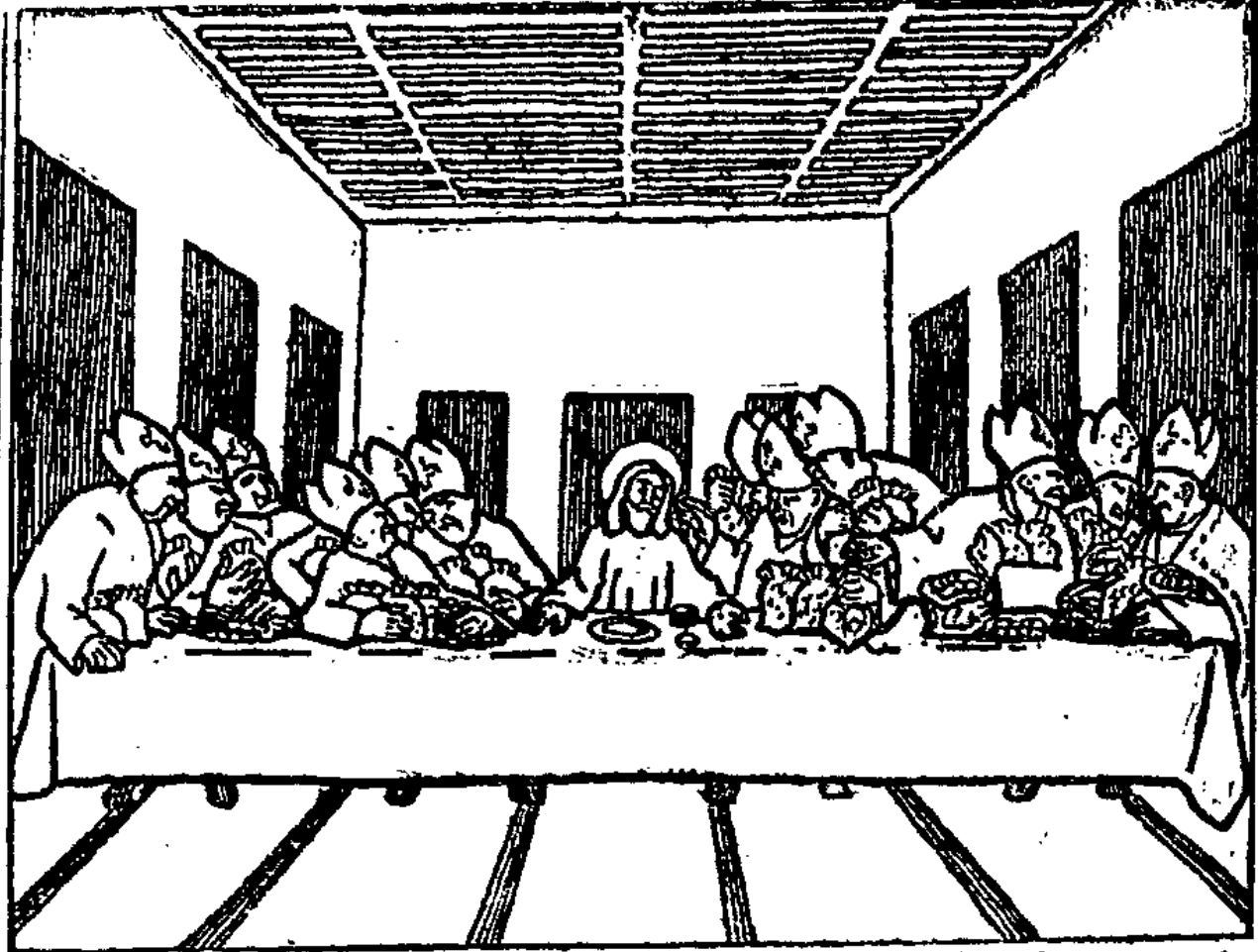
Besonders große Anforderungen an die Schlaggewichte der herrschenden Schicksalsstunde stellt die Prager Wahl. Preußens Schicksal soll für Deutschlands Schicksal entscheidend sein. Preußen heißt heute Scoring und Pünkt. Galt Scoring, so fällt die republikanische Kultur.

Die Kräfte schütteln die weisheitschweren Köpfe. „Preußen soll Deutschlands Fortschritt- und Einheitsstärkerin sein?“ fragt Bard. „Der Faustpfeil, der Reichspfeil?“ Schon 1918 ist an der preussischen Zwiebel gezeichnet. Ohne Preußens Uebermacht kein eigenwilliges Bayern. Völlig ist Preußen nicht im großen Schmelztopf, so löst sich Bayern auch nicht. Kennst ihr nicht Münchens Festungslegende? Mühselig zu lesen. Ist sie erst einmal, bevor ihr preussische Wahlzettel haltet!“

„Die Weiskamden als Deutschlands Fortschritt- und Einheitsstärker?“ fragt Verbandi. „Ich habe Boiotuben und Otomaten, Freisten und Hotentotten, Sardanien und Medlaburger in meinem Kulturwagen zu verbauen; aber am unverantwortlichsten sind mir doch die Roskiden aus dem preussischen Schmelztopf. Sie sind nur mit preussischen Jantzen und Barokreden gewickelt zu genießen; aber das ist geradeja, als wenn man zu Erdlöcher Charpentiere reifen wollte.“

„Der Weg zu Deutschlands Zukunftswort“, prophezeit mit dankter Beharrlichkeit: „Stolz, geht nur über Preußens Hauptpfeil.“

„Doch, wenn die Kräfte Preußen sein. Wer glaubt heute noch an Geipenier? Auch ohne Schicksalschwebern steht Deutschland vor der Schicksalsstunde. Die Preußenwahl stellt unser Leben.“



So konnte es kommen, daß im dritten Jahre nach dem großen Weltkriege im Hauptauschuss der preussischen Landesversammlung die christliche Zentrumspartei beantragen konnte, die Besoldung der Bischöfe vom 1. April 1920 an, rückwirkend zu erhöhen. Es sollen erhalten:

Der Bischof von Ermeland, statt bisher 24 000, jetzt 51 000 Ml.
Der Bischof von Breslau, statt bisher 36 000, jetzt 72 000 Ml.
Der Bischof von Hildesheim, statt bisher 24 000, jetzt 51 000 Ml.
Der Bischof von Danabrück, statt bisher 24 000, jetzt 34 000 Ml.
Der Bischof von Münster, statt bisher 24 000, jetzt 34 000 Ml.
Der Bischof von Paderborn, statt bisher 24 000, jetzt 51 000 Ml.
Der Bischof von Fulda, statt bisher 24 000, jetzt 34 000 Ml.
Der Bischof von Limburg, statt bisher 24 000, jetzt 34 000 Ml.
Der Bischof von Köln, statt bisher 36 000, jetzt 72 000 Ml.
Der Bischof von Trier, statt bisher 24 000, jetzt 51 000 Ml.

Zur selben Zeit sind Millionen deutscher Arbeiter mit Wab und Kind der Erwerbslosigkeit, d. h. dem buchhab-

lichen Hungers preisgegeben. Zur selben Zeit muß das werktätige Volk schwindelnde Preise zahlen für seinen Lebensbedarf und kaum erträgliche Steuern. Was kümmert die christlichen Bischöfe? Sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln aber doch in die Scheunen. Unser obiges Bild zeigt sie in frommer Eintracht versammelt, mit dem Wiederaufbau des Vaterlandes und der Ausbreitung des christlichen Evangeliums beschäftigt, wie sie es auffassen.

Wir Kommunisten fordern deshalb, daß die Kirche vom Staate getrennt wird, damit

1. die Steuern der Kleinbauern, Land- und Industriearbeiter nicht in obiger Weise verschleudert werden.
2. damit die wirklichen Jünger Christi selber darüber bestimmen können, wer ihr Bischof und Prediger sein soll und was er ihnen zu lehren hat. (Aus dem Sonntagblatt für Kleinbauern „Der Pflug“, herausgegeben von der BAPD.)

Vom Stimmestruß zum Stimmestaat.

Der aus dem Kopfe von Hugo Stinnes entsprungene Plan der Schaffung von sogenannten wirtschaftlichen Selbstverwaltungsprovinzen, über die Landesgrenzen hinweg, beginnt reale Gestalt anzunehmen. Regierungen beschäftigen sich mit diesem Projekt, wie Baden und Bayern. Das Reichswirtschaftsministerium hat eine Denkschrift herausgegeben, die sich an die Stinnesischen Pläne anschließt. Der Stinnesplan verlangt, daß neben den politischen Regierungen der Länder mit gleichen Rechten ausgestattete Bezirkswirtschaftsräte und neben dem Reichstag ein gleichberechtigter Reichswirtschaftsrat treten soll. Diese Wirtschaftsräte sollen das Recht einer selbständigen Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung bekommen, zu deren Durchführung die staatlichen Behörden herangezogen werden können.

Was sich hier andeutet, ist nicht mehr und nicht weniger als die unter der Protektion der Reichs- und Landesregierung sich vollziehende Organisation des Stimmestaates im Staat. Unter der Maske des Kampfes gegen den in der Reichsregierung zusammengefaßten Zentralismus des deutschen Wirtschaftsgebietes, unter der Maske einer Dezentralisierung wird ein neuer zentral zusammengefaßter Wirtschaftskörper

von Stinnes Gnaden geschaffen, der seine Stützpunkte in den Kohlefeldern, vor allem den Ruhrrevieren und im Süden in den Lebensmittelgebieten hat. Durch monopolartige Beherrschung der angelegentlichsten Wirtschaftsgebiete wird, wie Stinnes in seinem Plan dies deutlich ausdrückt, die vollkommene Abhängigkeit aller Wirtschaftszweige des betreffenden Gebietes von dem schwerindustriellen Truß angestrebt. Auch die staatlichen und kommunalen Unternehmungen, ja selbst die Eisenbahnen sollen unter die Vormächtigheit des Truß kommen, womit ein für alle Male allen Sozialisierungsbemühungen der Garans gemacht wäre. Der Stimmestaat im Staat, der sich offen gesetzgeberische und politische Rechte anmaßt, soll einen Staat darstellen, der sich wirtschaftlich selbst erhalten kann, auf Kosten der Provinzen Norddeutschlands, die durch die Hollarung der Gewalt des Stimmestaates unterworfen wären. Zugleich würde damit die Möglichkeit einer Abjüngung Norddeutschlands im Falle revolutionärer Erhebungen gegeben sein unter gleichzeitiger Zertrümmerung der Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muß sich der ungeheuren Gefahr dieser Tendenzen bewußt werden und muß denen die Gefolgschaft kündigen, die offen oder verdeckt die Arbeitsgemeinschaft mit den Stinnesleuten, die Verflaumung der Arbeiterklasse durch den schwerindustriellen Riesentrust betreiben.

Philosophen und Schulmeister hatten. Seit 1871 hatten sie nur noch Parlamentarier. Die Reichstagsjüngferrede war die Eintrittskarte zur europäischen Ruhmeshalle. Die ganze Landtagswahlbewegung drehte sich eigentlich nur um die Eingeweihten der verschiedenen kleinen Ruhmeshallen in die Zentralruhmehalle. Die einheitliche Drosselbude war das Gebot der Stunde.

Ah, es war ja so leicht, in Deutschland herührt zu werden! Eine salubere Reichstagsrede, die im Extrakt das wiederholte, was die Zeitungen schon zehnmal einzeln wiederholt hatten, und man kam zu Meyers Konversationslexikon. Dort blieb man stehen, wie Deutschlands ganzer politischer Werdegang in den stenographischen Parlamentsberichten.

Aber der alte Alltag hatte auch seinen unterhaltenden Reiz. Die Reichstagswahl. Daß die Landtagswahlen auch ebenso unterhaltend waren, lag nur an dem verfluchten Denkschriftenwahn, das keine allgemeinen Fastenabstriche gelehrt. Deshalb beschränkte sich der Haupttrunkel auf die Reichstagswahl.

Wie die Reichstagswahl und Drosselbude aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, priesen die Parteiführer ihre Salbung an. Ein Kopf sah verlockender aus als der andere. Aber keiner hat je einen Krampf gehalten.

Schmerzstöße Kalken mit Spruchwerkzeugen wie Drosselbuden und mit Altruismen wie Drosselbuden durchjagen das Land und prüfen ihre Heiligkeit an den Wähler. Gewählt wurde, war schließlich ganz einseitig. In Laboratorien lebten doch nur die herrschenden Klassen im Sappchen. 111 Sozialdemokraten zogen 1912 in den Reichstag. Aber verläßt Reichstag verdrängte das Deutsche Reich übergenial, als wenn der gesamte Wähler nur allein an der Drosselbude gefressen hätte. Der ganze erlauchte Gesellschaftsstand war Totkopf, wie Hühner im Märchen vom Gans. Die Drosselbude ist demnach außerordentlich verwillkürter worden, auch die preussische, aber was hat sie anders gebracht, als Unheil, Not und Leid!

Demokratie! Individualismus! Heißes Selbstvertrauen! Aber die Luft ist nicht von Art. Wie im Verstand die Interessen der Arbeiter des Ganzen gar nicht aufkommen lassen, so kommen auch in der menschlichen Gesellschaft nur die Interessen der Pöbel. Wer überregt sich denn in Parlamentarismus? Hat schon einmal ein Arbeiter

von einem Kommunisten konservativ, ein Kommunist einen Konservativen kommunistisch geredet? Man überdient sich, aber man überzeugt sich nicht. Alle Entscheidungen sind schon vorher gefällt. Man überstimmt sich, aber, wer die materielle Macht hat, pfeift auf die Ueberstimmung. Wenn schon der Klassenkampf ein Theater nötig hätte, in dem er sich selbst karikiert, könnte er sich ein anmutigeres suchen, als das Donnerwetter des Weltbühneninstituts, Parlament genannt.

Was dort heraustritt, hat man wieder einmal bei der Justizdebatte im Reichstag gesehen. Fauler Wind. Greifen wir nur eine einzige Luftprobe heraus: Freispruch der Marburger Mörder vor dem Schwurgericht in Kassel. Volksgerecht! Vom Volk gewählte Richter! Aber das ändert alles nichts daran, daß die Richterstädter Gefangenen nur zweieinhalb Meter weit vor den Gewehrmündungen ihrer Mörder standen. Und auf diese Entfernung hin sollen sie zerfliegen und auf der Flucht, an der sie die Studenten angeblich nicht mehr hindern konnten, notgedrungen erschossen worden sein? Ein Galenspiegelparlament, das sich solchen Drosseln vormachen läßt!

Aber wieder naht die Schicksalsstunde. Die Preußenwahl. Sie soll Deutschland retten. Sie soll es nach links reißen, sie soll es in eine neue Planetenbahn drängen, die es dem Sturz in die furchtbaren Flammen der verzehrenden Sonne entzieht. Wer traut das dem Stimmzettel zu? Kurat. Nur die geschlossene Allianz des revolutionären Proletariats kann dem verrückten Planeten eine neue Bahn weisen. Nur ein Proletariatspfeil ist die Preußenwahl. Aber solange die Wähler Kinder sind, muß auch der Pfeil das Räderpiel mitmachen, wenn er die Kinder nicht aus der Hand lassen will.

Es geht viel Selbstüberwindung dazu. Um große Dinge dreht sich der politische Kampf. Selbst ist die Luft zu überleben. Aber auch tollste Bewusstheit ist der kleinpolitische Tagesstreit. Wohl oder übel muß man in seine Räder greifen, um sie anzufassen. Aber lassen, lassen muß man doch, wenn auch jetzt wieder die Schmeicheleien der Kalken mit Spruchwerkzeugen wie Drosselbuden und Altruismen wie Drosselbuden das Land durchjagen, ihre Unterfertigungen anpreisen und sich als die einzig wahren Befreier aus dem irdischen Jüngling parlamentarischen Morgenlande machen. **Samuel Obadja**

Der Stinnesweg in der deutschen Republik.

Von Wilhelm Herzog.

Die Entwicklung der Weltreaktion hat auf die Forderungen des revolutionären Weltproletariats durch den Zusammenschluß aller ihrer Kräfte geantwortet. Rief die Revolution: Arbeiter, Bauern, Soldaten, vereinigt euch, bildet Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, so hat die siegreiche Gegenrevolution diesen Kampf schnell aufgenommen und ihn von sich aus zu verwirklichen gesucht. Sie hat ihn jedenfalls besser als das Proletariat beherzigt. Denn sie steht unmittelbar vor der Krönung ihres Werks.

Einer ihrer tüchtigsten Organisatoren, der bayerische Bauernführer Dr. Heim, war jüngst in Horihy-Ungarn und in Budapest hat er ganz harmlos „deutsch-ungarische Wirtschaftsbeziehungen angebahnt“. Dieser schon im Kriege allmächtige Mann in Bayern hat nichts anderes vor, als gegen die rote Gefahr die grüne Internationale zu bilden, die Weltorganisation aller Bauern — wie er selbst einem deutschnationalen Ausfrager erklärte — „als zuverlässigen Schutz gegen den Bolschewismus“.

Wir gehen mit Riesenschritten Ungarn entgegen. Heim im Bunde mit Stinnes und Orgeß, d. h. der Großbauer vereint mit dem Kapital und dem Militär werden der lächerlichen und viel zu flüchtig vorbereiteten Kappitade den gründlicheren und umfassenden Sieg folgen lassen. Sie arbeiten feberhaft. Und die Akkumulation des Kapitals in der Hand eines Machthabers wie Hugo Stinnes, schafft eine Ausdehnung der Operationen, einen Reichtum an Kampfmitteln, an Waffen, ein schier unüberblickbares Heer von energiegeladener Truppen und Soldaten aller Art, Professoren, Offizieren, Journalisten, Arbeitern — kurz: einen Staat im Staat, d. h. eine gewaltige konterrevolutionäre Macht, die sich ganz offen und legal in der ebertinischen Republik betätigen kann.

Denn, wofür leben wir in einer Demokratie? Herr Stinnes hat als Bürger nur das gleiche Recht wie ein Arbeiter und Erwerbsloser. Die Verfasser des Parlamentarismus, die Scheidemann-Sozialisten, erklärten: Herr Stinnes kann am Wahltag auch nur eine Stimme abgeben. Und mit dieser bewußten Heuchelei betrogen und betrügen sie noch heute unorientierte Arbeitermassen. Welche Machtmittel kraft seines Kapitals, kraft seines Einflusses Herr Stinnes besitzt, danach fragt die Demokratie nicht.

In den Wochen, bevor der Wahlrummel begann und die sozialistische Regierung noch am Ruder war, schrieb ich folgende Sätze: „Herr Stinnes kauft Zeitungen en masse auf, er kauft Papierfabriken, kauft Häuserblocks, kauft Kiefernplantagen, er kann Millionen und abermals Millionen hinauswerfen, um seiner politischen Ueberzeugung und seinen Interessen die größtmögliche Resonanz zu schaffen. Sein Geld — der durch seine Arbeiter geschaffene Mehrwert — wirkt für seine kapitalistischen nationalistischen Absichten. Sein Kapital arbeitet für ihn, für seine Zwecke, für seine Interessen und für die Interessen seiner Schicht. Er kauft mit den Zeitungen die Redakteure, ihre Arbeitskraft und ihre Gesinnung. Tagtäglich wird ein großer Teil des Volkes durch das Gift dieser gekauften Presse angesteckt und verseucht“. Sechs Monate sind vergangen, und inzwischen wurde der allesstreichende Moloch Stinnes zu einer ständigen Rubrik auch in den noske-sozialistischen Organen. Das focht ihn wenig an. Er fraß weiter. Er kaufte weiter neue Zeitungen auf, aber damit begnügte er sich

nicht. Seinem Kiesenlohenkonzern, in den er die größten Werke der Montan- und Schwermetallindustrie aufnahm, gliederte er das neben der A. E. G. mächtigste Elektrizitätswerk, die Siemens-Schuckert A.-G., an, er sozialisiert auf eigene Faust, in seinem Sinne, er schafft seinen Rohprodukten die geeigneten Abnehmer, die er will. Während die Arbeiter sich von ihren Führern etwas von Diktatur vorzuschwätzen lassen, errichtet er sie. Statt Kontrolle der Produktion, Produktion des Mehrwerts. Das ist seine Lösung. Er ist in Wahrheit heute der Diktator der ebertinischen Republik.

Was er in der Monarchie unter Wilhelm II. nicht vermochte, das gelang ihm mühelos in der demokratischen Republik unter Ebert. Er begann seinen Triumphzug bereits sechs Tage nach dem Ausbruch der Revolution. Zur Sicherung seines Trustreiches brauchte er nicht nur als Bundesgenossen die Unternehmer, die er sich durch Ankauf oder Eiterung fälsam machte, er brauchte auch die Hilfe der Arbeiter. Wie konnte er sie bekommen? Nur durch die Gewerkschaften, deren Führer sich schon im Kriege durch ihre burgfriedliche Gesinnung bewährt hatten und die zur Verwirklichung seines kapitalistischen Imperialismus ihm vertrauenerweckend genug erschienen.

Sein erster großer Coup war also die Gründung der „Arbeitsgemeinschaften“ mit dem Präsidenten der General-Kommission der deutschen Gewerkschaften. Stinnes und

Der kommunistische Stimmzettel ist das Gelöbnis zum Kampf gegen die Bourgeoisie.

Legien. Das war die Verbindung, die er brauchte. Er wußte, daß es ihm gelingen würde, denn die progressive Entwicklung des Verrats dieser Arbeitervertreter war ihm nur zu gut bekannt. Der zehnte Gewerkschaftskongress besiegelte denn auch den von ihm klug erfundenen Pakt zwischen Unternehmern und Arbeitern! In den Stinnes- und Legien-Organen hieß es: die Arbeitsgemeinschaften sind die Träger des deutschnationalen Gedankens. Sie werden entscheidend über die Lösung nationalwirtschaftlicher Aufgaben bestimmen. Sie allein sind imstande, dem Egoismus der Massen und dem Klassenkampfgedanken jene zersetzende Schärfe zu nehmen, die jeden wirtschaftlichen Wiederaufbau unmöglich macht. Die Gewerkschaftsbürokratie mit ihrem Legien an der Spitze hatte das längst getan. Sie hatte längst dem Klassenkampfgedanken und dem „Egoismus der Massen jene zersetzende Schärfe genommen“, die den Stinnesleuten so peinlich und gefährlich sein mußte. Diese Gewerkschaftsführer, die sich dadurch selbst gelb anstrichen hatten, sahen in dem Wiederaufbau der erschütterten kapitalistischen Wirtschaft zunächst den Weg, auf den sie die deutsche Arbeiterschaft weisen mußten.

Inzwischen blieb Herr Stinnes jedoch nicht stehen. Er schritt weiter. Mit den neu gewonnenen Bundesgenossen im Hintergrunde war sein Triumphzug nicht mehr gefährdet.

Mit der Ausdehnung seiner Unternehmungen, mit der immer gewaltigeren Erweiterung seiner Trustmacht mußte

er die öffentliche Meinung, auf die es bisher pfeifen konnte mehr und mehr in die gefügigen Hände von ihm abhängiger Agenten bringen. So ist er inzwischen der glückliche oder unglückliche Besitzer von etwa achtzig Tageszeitungen in der deutschen Republik geworden. Darunter befinden sich: Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Hamburger Nachrichten“, „Münchener Neueste Nachrichten“, „Augsburger Abendzeitung“, „Berliner Lokalanzeiger“, der ganze Scher-Konzern mit der „Woche“, dem „Tag“ usw. Abhängig von ihm sind außerdem das draufgängerischste Organ der alldeutschen Kriegspatrioten, die „Deutsche Zeitung“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ein großer Teil der Generalanzeiger-Presse, deren Einfluß auf die breiten Massen garnicht überschätzt werden kann.“

Das alles genügte ihm noch nicht. Er erwarb in Berlin die wichtigsten und größten Korrespondenz-Büros. Das sind jene Zentralwerkstätten, die durch 300 und mehr Kanäle das tägliche Gift in die deutsche Presse versenden. Er erwarb nacheinander die Büros von Dammert und das bisher noske-sozialistische Büro von Baake und Gutmann, dessen Spezialität die Parlamentsberichterstattung war.

Wenn es also Herrn Stinnes jetzt gefällt, kann er durch einen Wink die ihm für seinen Trust schädlich scheinenden Reden der Reichstags- oder Landtagsabgeordneten auf ein Minimum reduzieren lassen. So wird sich also z. B. Herr Scheidemann künftig bemühen müssen, Herrn Stinnes nicht zu mißfallen, sonst kann es ihm passieren, daß seine oratorischen Glanzleistungen nur angepöbeln, gräßlich verstümmelt oder auch garnicht in die Weiland von seinen einstigen Freunden Baake und Gutmann, jetzt aber von Stinnes besorgten Parlamentsberichte kommen. Ganz zu schweigen von den aufreizenden und hegerischen Reden der revolutionären Führer, deren maglose Kritik — wie Stinnes und Legien behaupten — die Arbeiterschaft nur vergiftet. Merkt Ihr was, deutsche Arbeiter?

Weiter. Dieser Usurpator des Kapitals, der Industrie und der öffentlichen Meinung begnügt sich nicht mit Kleinigkeiten. Vielleicht ist dem Herrn Reichswehrminister, Herrn Geßler, noch nicht bekannt, aber er wird, wenn er es erlaubt, Herrn Stinnes danken und ihn beglückwünschen, daß er jüngst in seinen Stab vierzig entlassene Generalstabs-Offiziere eingestellt hat, aus purer Menschenfreundlichkeit natürlich. Um sie nicht unter dem verrotteten demokratischen Regime verhungern zu lassen. Sie werden sich dem Mehrwertrechner Stinnes einst schon bezahlt machen. Und wenn er im Augenblick noch kein bestimmtes Betätigungsfeld für sie sieht, so können sie doch immerhin als Verbindungs-offiziere dienen: zwischen Nord und Süd, zwischen der Zentrale der Reaktion, die zunächst noch in Bayern stationiert ist und den zahllosen Etappenstationen im ganzen Reich, in Ungarn und in Deutsch-Oesterreich.

Die Bauernorganisationen des Regensburgers, Dr. Heim, die Armee des Herrn Escherich und das Kapital und die Presse des Herrn Stinnes, das sind die soliden Grundlagen nicht nur für den gut vorbereiteten Stoß der deutschen Konterrevolution, sie sind vielmehr auch die Verbindungsstrassen für die Internationale der Grünen, Gelben und Rosa-farbenen, für die gewaltige Macht der Weltreaktion, gegen den revolutionären Willen des Proletariats der ganzen Welt.

Aus „Das Forum“, Heft 2, Verlag Klempner, Potsdam-Berlin.

*) In Breslau sind der „Generalanzeiger“, die „Kriegszeitung“ und die „Breslauer Zeitung“ in großkapitalistischen Händen, besorgt unter dem Schein der Parteineutralität die Geschäfte dieser Gesellschaft und sind somit Feinde des Proletariats.

Sechs Uhr abends.

Drei Bilder.

I.

Sechs Uhr abends. Im weichen Ledersessel seines Vertrauens sitzt der „Herr der Fabrik“. Sein Sekretär tritt ein.

„Wichtige Nachrichten?“

„Ja, — ein umfangreicher Auftrag aus dem Auslande, für fünf Millionen Mark.“

„Und wieviel?“

„Nach vorsichtiger Schätzung 50 Prozent Gewinn.“

„Also drei Millionen. Ist gut. Lassen Sie Ueberwachten arbeiten. Noch was?“

„Ja, die Arbeiter stellen Lohnforderungen.“

„Ja.“

„Geben Sie in kleinen Dingen nach. Gehen Sie aber die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß in die Länge, bis der neue Auftrag erledigt ist. Dann kann man mit den Leuten wieder ein anderes Wort reden.“

„Jawohl, Herr Geheimrat.“

Der Sekretär tritt ab, und der Herr der Fabrik redet sich eine neue Havanna zwischen die Zähne.

II.

Sechs Uhr abends. Ein kleines schmales Sofa. Schlafzimmer genant, im Arbeiterviertel. Die Frau sitzt auf der kammengerüsteten Bettstelle und weint.

Der Mann tritt ein. Noch im Arbeitsmittel. Das Gesicht der Frau hebt sich.

„Was ist?“

„Mensch ist vor einer halben Stunde...“

Die Frau weint wieder. Der Mann wendet sich ab. Seine Hände ballen sich zu Fäusten. Bänglich furchend blickt ihn die Frau an. Fast wie eine Selbstmordigung Klingt es, als sie leise sagt:

„Die Milch ist so teuer, alles, alles. Ja, wenn man genügend Geld hätte...“

„Ja“, sagt der Mann, „hast keine Ahnung, wie ich Jagtimmer...“

III.

Sechs Uhr abends. Versammlung der SPD. Der Referent betritt das Podium.

„Die Ereignisse sind eine glänzende Rechtfertigung unserer Politik. Wenn die hohen Herrschaften von der SPD. mit dem Kopfe durch die Wand wollen, mögen sie es nur weiter probieren. Der besonnene und größte Teil der Arbeiterschaft weiß, daß dem Kapitalismus nur langsam und Schritt für Schritt der Boden abgewonnen werden kann. Jahrzehntelange Arbeit ist noch nötig. Inzwischen heißt es sich bescheiden und kleine, aber greifbare Erfolge erringen.“

„Bravo!“ schreit im Hintergrunde ein Herr im Gehrock. Und „Bravo!“ schreien ihm die anderen nach.

Fritz Darstein.

Einigkeit.

Einigkeit! Wer könnte sie mehr ersehnen und erstreben als wir. Einigkeit, die das Proletariat stark macht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission.

Aber nicht jede „Einigkeit“ macht stark. Einigkeit zwischen Wasser und Feuer verlöscht das Feuer und verdampft das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolf zum Fraß; Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat; Einigkeit mit Betrügern bedeutet Niederlage.

Nur gleichgerichtete Kräfte stärken sich durch Vereinigung; einander widerstrebende Kräfte zusammenzuleiten, heißt sie lähmen.

Gleichgerichtete Kräfte verbinden; das ist unser Bestreben; verschieden gerichtete Kräfte verfloppeln, um die radikalen Stöße der Revolution zu hemmen und abzulenken, das ist das Bestreben der jetzigen Einheitspolitik, wie es das Bestreben der Einheitspolitik im Kriege war.

Politik ist Tat. Insofern wir nur Tat sein Einigkeit über den Weg und Ziel voraus. Der mit uns in Ziel und Weg übereinstimmt, ist uns willkommener Kampfgenosse.

Sart Sieblin.

„Ach, wir wären 'raurige Wichte, wenn wir aus Furcht vor den Folgen etwas unterließen, was wir als notwendig und heilsam erkannt haben.“

„Ein Sozialdemokrat sieht nicht, er sieht zu seinen Taten...“

(Rosa Luxemburg in ihrer Verteidigungsrede über Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse.)

Weh', daß wir scheiden müssen...

Karneval, das ist: Abchied vom Fleisch. In des Wortes tatsächlicher und übertragener Bedeutung.

Oden, im neuesten, begürtelten Frack,
In Pelz und Seide, Samt und Lack,
In Wärme, zu der Musik Schall
Tanzen die Ausbeuter Karneval.

Unten, im moarigen Kellergelaß,
Da stellt die Frau das Nachtmahl hin,
Und liebt sich um mit trübem Sinn:
Von dem Gewölbe tropft klar Rain.

Oden, da klirren die Kelche nun hell,
Und unverlegbar rinnt der Quell —
„Zum Wohl, ihr Herren! Ihr Damen, prost!“
Filmgrößen mimen, von Jubel umtoll.

Unten, im düstern Wohnungseritz,
Im traulichen Proletenheim,
Da essen sie beim Funzelkaffee
Rüben und trinken warm Tee-Erlitz.

So sagt ein jeder auf seine Art
Der bösslichen Fleischlust adé,
Die einen prostzen ihr zu mit Sekt,
Die andern mit bitterem Tee.

Günther Tonn

Gewerkschaftliches.

Es wird immer toller.

SPD.-USP. Landräte, Direktoren und Oberbürgermeister gegen die Arbeiterschaft.

Am 10. Februar veröffentlichte die „Freiheit“ in der Abendausgabe einen Aufruf, der sich an die „Arbeiter Mansfeld“ richtet und von dem Vorstand des Mansfelder Gewerkschaftsartikels, der USP. und SPD. unterzeichnet ist. In dem Aufruf wird die machtvolle Aktion der Mansfelder Arbeiterschaft, die, wie wir berichteten, zu einem vollen Erfolg der Arbeiterschaft führte, als „vollständig verfehlt“ bezeichnet, da die „strittigen Punkte fast glatt schon vorher erledigt“ gewesen seien. Es heißt dann: „Wir warnen um so mehr vor einer Wiederholung derartiger Aufrufe, die in ihren Folgen für die gesamten Arbeiter Mansfeld unabsehbar sind.“ Der Aufruf malt die Folgen an die Wand, die sich einstellen könnten, wenn (1) bei künftigen (1) Aktionen die Notstandsarbeiten nicht verrichtet würden. Es hat zwar bis jetzt niemand die Notstandsarbeiten verweigert, gleichwohl halten es die Verfasser des Aufrufs für angebracht, folgendes zu erklären: „Die Unterzeichneten rücken von solchem Tun und Treiben weit ab und müssen die Verantwortung für die jetzige Aktion sowie für etwa dazwischen Geplantes ablehnen.“

Diesem Aufruf gegenüber gilt es zunächst festzustellen, daß die Aktion der Mansfelder Arbeiterschaft mit der größten Disziplin und Geschlossenheit durchgeführt wurde. Die Arbeiterschaft hat einen vollen Erfolg erzielt in einer Bewegung, die sie ohne und gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt hat. Das ist wohl der Grund, weshalb es diese Herren für notwendig halten, der Arbeiterschaft noch nachträglich in den Rücken zu fallen und ihre Position zu schwächen.

Die Judaskolle, in der sich hier die Verfasser des Aufrufs gefellen, wird ins rechte Licht erst durch die Entstehungsgeschichte dieses Aufrufs gerückt.

Darüber wird uns berichtet: Der fragliche Aufruf geschah auf Veranlassung einer Sitzung, die am Sonntag, den 6. Februar, in Eisleben stattgefunden hat. Oberpräsident Pösching hatte einen Vertreter nach Eisleben geschickt, um angeblich die infolge der Aktion geschaffene Lage zu prüfen. An der zu diesem Zweck anberaumten Sitzung nahmen teil: der Oberbürgermeister, die beiden Landräte der Mansfelder Kreise und die Führer der oben erwähnten Organisationen. Der Aktionsausschuß und die Vertreter der USP., die die Aktion geleitet hatten, waren nicht geladen. Dafür aber hatte man die Direktion der Mansfelder Unternahmergewerkschaften zugezogen. Hinter verschlossenen Türen wurde dieser Aufruf ausgearbeitet und zunächst in der bürgerlichen und Druckschreiberei und dann auch in der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Presse veröffentlicht.

Auf Kosten der Direktion wurde dieser Aufruf sämtlichen Arbeitern bei der Löhnung in Form eines Flugblattes ausgehändigt. Die Erregung unter der Arbeiterschaft über den schmachtvollen Verrat ist ungeheuer.

In dem Hiesenkampf, den die Arbeiterschaft der Farbwerke Levetzen gegen ein übermächtiges Kapital anzufechten hatten, hat sich der Zentralvorstand des Fabrikarbeiterverbandes offen an die Seite des Unternehmers gestellt. Drei Angestellte der freien Gewerkschaften haben dem Schiedsgericht zugestimmt, der besagte, daß der Kampf der Arbeiter unrichtig sei. In Eisleben aber ist es zum ersten Mal geschehen, daß sich die Unabhängigen als Partei offen in eine Front mit den Organen des bürgerlichen Klassenstaates und mit den kapitalistischen Direktoren gegen die Arbeiterschaft stellten. Die unabhängigen Arbeiter haben mit diesem Verrat nichts gemein, sie würden ja nicht eine Stunde in dieser Partei bleiben, sie würden nicht eine Stunde schweigen, wenn sie nicht in fröhlicher Weise von ihrer Parteipresse belogen und irreführt würden. Wir appellieren an euch, Parteigenossen, klärt eure unabhängigen Kollegen über die Mansfelder Vorgänge auf, stellt ihnen die Frage, was sie dagegen zu tun gedenken. Wir sind überzeugt, sobald die unabhängigen Arbeiter wissen, was in Mansfeld geschah, werden sie mit uns zusammen dafür kämpfen, daß solchen Verrätern das Handwerk gelegt wird.

An unsere Genossen im dortigen Bezirk richten wir die eindringliche Mahnung, aus diesem Anlaß nicht aus den Gewerkschaften herauszutreten, sondern ungeteilt, die Lasten zu tragen, die Organisation von allen vorklassischen Elementen zu führen. Wer zu einer solchen Niedertracht fähig ist, wie sie der Aufruf dokumentiert, hat ein für allemal das Recht verlohren, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen. In den Urkas mit solchen Verrätern!

Wie die Ereignisse in Levetzen, im DSB., in Halle, so muß auch dieser schandbare Aufruf in jeder Wahlversammlung und wo immer sich dazu Gelegenheiten bieten, zur Aufklärung und Aufklärung der Massen benutzt werden.

Generalversammlung der Bauarbeiter Groß-Berlins.

Die Generalversammlung des Bezirksvereins Groß-Berlins des Deutschen Bauarbeiterverbandes beauftragte sich mit dem Ausschluß der Kollegen Bachmann, Brandler und Hedert. In der vorhergehenden Versammlung hatten die Berliner Bauarbeiter beauftragt, den Hauptvorstand und die ausgeschlossenen Kollegen einzuladen. Der Hauptvorstand hatte einen Vertreter entsandt. Die Kollegen Hedert und Brandler waren erschienen und unterstützten ihre Tätigkeit im Bauarbeiterverband. Der Kollege Hedert gab eine grundsätzliche Darstellung aller Verhältnisse des Hauptverbandes zur Niedertracht der Kollegen, die im Kirgitzberg die Baugesellen und Dachhänger der Hauptverbandes beauftragt haben. Kollege Brandler legte dar, wie die Kommunisten in der Gegenwart in und aus den Gewerkschaften zu kämpfen gedenken.

Die Versammlung war Gerichtstag für die Tätigkeit des Hauptvorstandes. Wer die Stimmung der Versammlung miterlebt hat, wie alle Kollegen, die 20, 30 Jahre Verbandsmitglied sind, ihrer Empörung Laßt machten, der begriff, daß die Kera der Winnig, Paepflow und Konsorten im Bauarbeiterverband in Berlin ein für alle Mal vorbei ist. Eine klägliche Rolle spielten die unabhängigen Oppositionskollegen, die wie ein Hoppe und Geride ihre davonschwimmenden Felle mit einigen unartikulierten, böshaftern Zwischenrufen begleiteten.

Die Versammlung nahm mit neun Zehntel Majorität folgende Resolution an:

„Die am 10. Februar 1921 im Englischen Hof“ tagende Generalversammlung des Bezirksvereins Berlin des Deutschen Bauarbeiterverbandes verurteilt aufs Schärfste die Maßnahmen des Hauptvorstandes gegen die Mitglieder der Organisation, die für ihre kommunistische Anschauung tätig sind. Der Ausschluß der Kollegen Brandler, Bachmann und Hedert durch den Hauptvorstand und die Drohung, alle diejenigen Kollegen und Vereine, die sich mit den ausgeschlossenen solidarisch erklären, gleichfalls aus der Organisation auszuschließen, auch auf die Gefahr hin, daß in der Organisation alles drunter und drüber geht, muß die Organisation der Bauarbeiter in ihren Grundfesten erschüttern. Die Kollegen des Bezirksvereins Berlin verlangen darum vom Verbandsauschuß, daß er erstens den Ausschluß der genannten Kollegen sofort rückgängig macht; zweitens: die verbandsfähigende Tätigkeit des Hauptvorstandes und der „Grundstein“-Reaktion unterbindet; drittens: daß er, wenn ein außerordentlicher Verbandstag einberufen wird, auf dem zu den Differenzen in der Organisation Stellung genommen wird. Der Verbandsvorstand, sowie die vom Verbandsvorstand ausgeschlossenen Kollegen sollen auf dieser Tagung ihre grundsätzliche Stellung über die Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Periode darlegen, damit die Kollegen entscheiden können, ob die Politik des Verbandsvorstandes oder die der Kollegen Brandler, Bachmann, Hedert den gegenwärtigen Lebensbedingungen unserer Organisationsangehörigen ist. Die Generalversammlung erhebt fernerhin Einspruch dagegen, daß der Verbandsvorstand ohne Befragen der Mitgliedschaft zur Bedingung seiner Politik derartige Maßregeln gegen Auszubildende anwendet. Sie sieht darin den Versuch, durch Gewaltmaßnahmen dem künftigen Verbandstag ein dem Verbandsvorstand genehmes Gesicht zu verschaffen.“

Die Generalversammlung beschloß mit vier Fünftel Mehrheit am 3. oder 6. März im Zirkus Busch eine öffentliche Bauarbeiterversammlung abzuhalten, in welcher Paepflow, Hedert und Brandler referieren sollen.

Internationales.

Der Siegeszug der kommunistischen Internationale.

Die internationalen Sozialisten Argentiniens der kommunistischen Internationale beigetreten.

Buenos Aires, 7. Februar.

Die argentinische internationale sozialistische Partei hat auf ihrem Parteitag die 21 Bedingungen einstimmig angenommen und nennt sich jetzt K.P.A. (Sektion der K.P.).

Auf dem Parteitag der argentinischen sozialistischen Partei haben die „Wiederaufbauer“ mit 5000 Stimmen gegen 3000 der „Terceristas“ (Anhänger der Dritten Internationale) ein Programm angenommen, das sich für eine Internationale 2 1/2 ausspricht.

Die chilenische Sozialistische Partei für Moskau.

Buenos Aires, 7. Februar.

Die chilenische Sozialistische Partei hat sich auf ihrem eben stattgefundenen Kongreß fast einstimmig der Kommunistischen Internationale angeschlossen.

Argentinische Freiheit.

Buenos Aires, 7. Februar.

Gegen den linkssozialistischen Senator Del Valle Ibarra, der für die Dritte Internationale gesprochen hat, wird ein Verbot wegen Eiddrucks des Verfassungsgesetzes, den die Senatsmitglieder leisten müssen) anhängig gemacht.

Nach Sowjetrußland.

Neue Pläne der französischen Reaktion gegen Rußland. Segenrevolutionäre russische Zeitungen in Paris behaupten, daß die französische Regierung mit russischen Segenrevolutionären in Paris Verhandlungen führe, die auf eine neue Aktion gegen Sowjetrußland abzielen. Polen wird von Frankreich herbeigeholt mit Kriegsmaterial versorgt. Marichall Bilsudski, der sich gegenwärtig in Paris befindet, führt mit russischen Segenrevolutionären rege Verhandlungen.

Die Taktik der Sozialrevolutionäre. „Pravda“ schreibt: „Jetzt, da in Sowjetrußland nach jahrelangen Kämpfen etwas Ruhe herrscht und wir daran gehen können, das Land wieder aufzubauen, machen sich die Herren Sozialrevolutionäre diese Lage zunutze, um im Aus- und Inlande gegen Sowjetrußland zu agitieren. Rußland leidet unter einem großen Mangel an Waren und benötigt die Industrieerzeugnisse des Auslandes, um seine Wirtschaft wieder in die Höhe zu bringen. Die Sozialrevolutionäre haben aber auf der Pariser Konferenz im Verein mit den Kadetten die Forderung erhoben, daß das Ausland unter keinen Bedingungen mit der Sowjetregierung in Handelsbeziehungen trete. In Rußland selbst verhalten sie, die Ordnung zu stören und das wirtschaftliche Leben des Landes zu desorganisieren. Für solche Leute, die in ihren Zeitungen offen eingestehen, daß sie an der Beschaffung der Nahrungsmittel der Armee regen Anteil genommen haben, ist bei uns kein Platz. Die Anhänger Borschtsch und der Kadetten sind jedoch der ausübenden Mächte.“

Ein höchst komisches Urteil über die Krankenversorgung in Sowjetrußland. Ein Krankenlagemann in Preußen, der kürzlich aus Sowjetrußland heimkehrte, verfaßte ein Memorandum über die Reform der sozialhygienischen Institutionen, in dem er den höchsten Lobesworte spendete das russische Beispiel zur Krankenversorgung empfahl. Es heißt u. a.: „Die Krankenlager sind besetzt, die Kosten der Behandlungen zur Förderung des Gesund-

heitswesens zu werden. Wenn ich aber die Tätigkeit der hiesigen Krankenkassen mit der Versorgung der Kranken in Rußland vergleiche und dabei an die dort überall errichteten öffentlichen unentgeltlichen Ambulatorien denke, so muß ich als Arzt im Vollgefühl meiner Verantwortung erklären, daß die Krankenkassen ihre Aufgabe nicht erfüllen.“ Das Memorandum gibt eine ausführliche Beschreibung der russischen Neuerungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und entwirft einen Plan zur Reorganisation der Krankenkassen auf Grund der russischen Reformen.

Eine neue Erholungskolonie. In der Nähe von Orenburg wird eine riesige Erholungskolonie errichtet, um an Lungenerkrankungen leidenden Arbeitern die Gelegenheit zu Kумыш-Kuren zu geben. Der Kolonie sind 20 000 Desjatinen Land zugewiesen worden, meistens Steppen, wo eigens zum Zwecke der Kумыш-Gewinnung (Kумыш ist ein Präparat aus Pferdemilch) große Pferdeherden gehalten werden. Die Erholungsbedürftigen sollen in kleineren Kolonien zu 120 Personen untergebracht werden.

Heimkehr der Kriegsgefangenen. Das amerikanische Hilfskomitee teilt mit, daß bis zum Sommer alle russischen und deutschen Kriegsgefangenen wieder in ihrer Heimat sein werden. Die Transporte gehen über Stettin und Marva; jeden Monat sollen 40 000 Mann in die Heimat befördert werden.

Die Industrie im Kubangebiet. Im Kuban- und Schwarzmeer-Gebiet liegen 598 Lederfabriken, die zur Zeit Demilins im ganzen 10 000 Paar Schuhe erzeugen hatten. Von der Sowjetmacht wurden 108 Fabriken in Betrieb gesetzt und bis zu November gelang es schon 34 000 Paar Schuhe herzustellen, d. h. fünfmal so viel, als unter den Weißgardisten, trotzdem die Zahl der arbeitenden Werke sich mehr als um ein Drittel vermindert hat. Von Bedeutung waren dabei die zwei neuen von der Sowjetmacht errichteten Fabriken zur Erzeugung von Gerbstoffen.

Einen wichtigen Industriezweig bildet hier der Bergbau und die Gewinnung von Naphtha. Kuban ist in dieser Beziehung in sehr günstiger Lage. Hier ist Wald, Naphtha und sogar Kohle anzutreffen. Es können Industrie, öffentliche Institutionen und Arbeiterwohnungen mit Naphtha versorgt werden.

Die Textilindustrie erzeugte vor der Aufrichtung der Sowjetmacht nicht mehr als 8000 Arschin monatlich, jetzt aber werden bis zu 100 000 Arschin monatlich hergestellt. Die Bierbrauereien werden in Döfthörren umgewandelt.

Kunstpflege in Sowjetrußland. In Petersburg wurde eine Konferenz von Künstlern eröffnet. Der Vertreter des Gewerkschaftsrates wies in seiner Eröffnungsansprache auf die große Arbeit hin, welche die Künstlergewerkschaft in der künstlerischen Propaganda bei allen Klassen der Bevölkerung Rußlands geleistet hat, welche das rege Interesse der Massen für die Probleme der Kunst und der Kultur zu wecken verstand. Er sprach von der Bedeutung der Spezialschulen, welche von Künstlern gegründet und geleitet werden, und von den Fortschritten, welche sich in den von Künstlern geleiteten gewerblichen Ateliers schon zeigen. Eine einstimmig angenommene Resolution weist der Künstlergewerkschaft ihre Rolle in der allgemeinen Produktionspropaganda, die durch das ganze Land getragen wird, zu. Diese wird in engstem Zusammenhang mit der Tätigkeit der russischen Gewerkschaften geführt werden.

Kulturarbeit in Sowjetrußland. Das Sowjet der Stadt Podoski (bei Moskau) hat Verfügungen getroffen, welche auf verstärkte wissenschaftliche und künstlerische Bildungsarbeit hinführen, und diese in alle Orte des Bezirkes tragen und verbreiten sollen.

Landwirtschaftliche Propaganda in Sowjetrußland. In den Dienst der landwirtschaftlichen Propaganda werden auch die Werke von Kolumna und Sornowo gestellt, welche einen Teil der notwendigen Reparaturen an landwirtschaftlichen Motoren und Maschinen vornehmen werden.

Ein neuer Industriezweig. In Kasneja ist eine Fabrik zur Erzeugung von Ziegeln aus Graphit errichtet worden. Dieser neue Produktionszweig ist sehr wichtig, da Rußland seinen Bedarf an Graphitziegeln bisher aus England bezogen hatte. Der Fabrik stehen 25 000 Kub Graphit zur Verfügung.

Die Arbeiter für die Verbesserung des Transportwesens. In Moskau versammelten sich die Delegierten des Moskauer Kongress, um an den Arbeiten für die schnellere Abfertigung der Lebensmittelzüge teilzunehmen. Die Mehrzahl der Delegierten reiste nach dem Knotenpunkt der Festischen und der Süd-Ost-Eisenbahn ab, um dort zu arbeiten.

Die Eröffnung einer neuen Eisenbahnstrecke. Am 5. Februar ist die Irenen-Eisenbahn, die früher schmaltspurig war, und nun ausgebaut worden ist, dem Verkehr übergeben worden. Diese Linie dient zur Ausfuhr von Torf nach Petersburg. In den nächsten drei Monaten sollen 5 Millionen Kub Torf nach Petersburg befördert werden.

Waren für Sowjetrußland. Personen, die aus Kessel kommen, berichten, daß sämtliche Lagerhäuser des Hafens mit Waren, die für Sowjetrußland bestimmt sind, voll sind.

Landwirtschaftliches Gerät aus dem Auslande. In Sibirien sind mit dem Auslande 560 Pflüge, 120 Traktoren, 77 Räder mit Eichen und 146 Räder mit Hämern eingetroffen.

Spezialistische Solidarität. Die Bergarbeiter des Jagers Schachtes haben an zwei Sonntagen für die Moskauer Fabriken gearbeitet und 142 000 Rubel Kosten gespart.

Kommunistischer Monat. In Gubernment Wolgograda findet im Februar „Kommunistischer Monat“ statt, während dessen Maschinen, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen einer Reparatur unterzogen werden sollen.